

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 305.

Freitag, den 30. Dezember 1921.

23. Jahrgang.

Der Eisenbahnerstreik im Westen.

SPD, Berlin, 30. Dezember. (Fig. Drahtber.)

Die Erregung der Eisenbahner im Westen hat im Laufe des Donnerstags zu einem allgemeinen Streikbeschluss geführt. Wir sehen also wieder einmal vor neuen großen Schädigungen des deutschen Wirtschaftslebens, die durch Verhandlungen und durch einiges Verständnis der maßgebenden Instanzen für die augenblickliche Notlage der Eisenbahner hätten vermieden werden können. Wenn der Verhandlungswille des Reichsverkehrs- und Finanzministers tatsächlich so entschieden war, wie man es oft lesen mußte, warum hat man da nicht noch im Laufe des Donnerstags die letzte Gelegenheit zur Verhinderung des Streikes benützt? Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß reaktionäre Geheimräte die Regierungsmitglieder falsch unterrichten, und daß insolge dessen Verhandlungsmöglichkeiten im richtigen Augenblick ohne weiteres übergegangen wurden. Man sucht die Haltung der Regierung u. a. auch mit der außenpolitischen Situation und den Hinweisen auf die Konferenz in Cannes zu begründen. Spricht nicht gerade die Konferenz in Cannes für eine Vermeidung des Streikes? Was wirkt auf das Prestige der Regierung schädlicher: die Bewilligung einer Milliarde für die Eisenbahner oder der Verlust von Milliarden, den wir jetzt durch die Lahmlegung des Wirtschaftslebens erleben können? Mit dem leeren Magen der Eisenbahner kann die Regierung in Cannes wirklich keinen Eindruck machen, zumal die Entente-Finanzpolitiker sehr genau wissen, wo die Finanzpolitik der Regierung versagt hat. Wir wollen mit diesen Ausführungen nicht sagen, daß das Reichskabinett die ultimativen Forderungen der Eisenbahner hätte schluden müssen, nein, wir verurteilen im Gegenteil genau wie die Regierung den Zwangsversuch zur Ausbändigung von Geldern. Jedenfalls aber wäre das Vorgehen der Eisenbahner zu vermeiden gewesen, wenn die Regierung genügend Weitblick gezeigt hätte, wenn sie nach den vielen Verfehlungen der letzten Woche wenigstens am Donnerstag noch den Weg einer Verständigung gebahnt hätte. Das alles ist unterblieben, und wir können nicht umhin, der Regierung einen großen Teil Schuld für die sich jetzt entwickelnden Zustände zuzuschreiben.

Noch sind große Folgewirkungen, die ein ausgedehnter Eisenbahnerstreik mit sich bringen muß, zu verhüten, wenn auf beiden Seiten der notwendige Verständigungswille gezeigt wird. Wir appellieren deshalb an die Regierung, in den nächsten Tagen weniger aus Prestige-Gründen zu handeln, sondern der politischen Situation mehr Rechnung zu tragen, als es bisher tatsächlich geschehen ist. Aber auch an die Eisenbahner richten wir im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung die Mahnung, den Bogen nicht zu überspannen. Tatsächlich erfordert unsere außenpolitische Situation im Augenblick weitgehende Rücksichtnahme, und die Regierung ist in finanzpolitischer Beziehung in mancher Hinsicht gebunden.

Düsseldorf, 29. Dezember. (Fig. Drahtber.)

Am Freitag morgen wird nicht nur der Streik in den Direktionsbezirken Köln, Elberfeld und Essen beginnen, sondern auch die Bezirke Münster und Kassel werden in den Streik einbezogen. Für das neu besetzte Gebiet, also die Strecke Düsseldorf-Duisburg, hat der Militär-Befehlshaber auf Grund einer alten Verordnung, die den Streik für lebenswichtige Betriebe verbietet, den Ausnahmestillsatz. Im übrigen besetzten Gebiet wird der Streik jedoch restlos durchgeführt werden. Im gesamten unbesetzten Teile des Direktionsbezirk Elberfeld ruht bereits seit Donnerstagabend der Personen- und Güterverkehr vollständig. Es heißt, daß sich im Direktionsbezirk Elberfeld die Beamten dem Streik anschließen werden. Nach Mitteilungen der Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld sollen bereits Sabotageakte vorgekommen sein. Inzwischen wurden 4 Hundertschaften als Bahnschutz aufgestellt, weiter wurden die Stellwerke durch technische Notdienste besetzt. Die ersten Folgen des Eisenbahnerausstandes sind vorläufig in der Anhäufung der Güter auf den Abfertigungsstellen und der Post zu sehen. Die wirtschaftlichen Schäden werden sich erst in einigen Tagen bemerkbar machen.

Die Bergarbeiter des Ruhrreviers verhalten sich der Streikproklamation der Eisenbahner gegenüber vorläufig noch passiv. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß auch die Bergarbeiterorganisationen einen Druck auf die Regierung ausüben werden, um den

berechtigten Forderungen der Eisenbahner Geltung zu verschaffen, sobald sich rückwirkende Gefahren für das Deutsche Wirtschaftsleben bemerkbar machen sollten.

Verschärfung der Lage im Westen.

Köln, 30. Dezember.

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Elberfeld ist in dem Streik der Eisenbahner dadurch erneut einer Verschärfung bezw. eine Ausdehnung eingetreten, daß neben dem Deutschen Eisenbahnerverband nunmehr auch die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in Barmen-Mittershausen die Streikpatroule ausgegeben hat. Die Eisenbahndirektion ist weiter bemüht, Lebensmittel- und Kohlenzüge heranzubekommen.

Köln, 30. Dezember.

Gestern nachmittag um 2 Uhr ist auf den meisten Kölner Bahnhöfen der größte Teil der Eisenbahnarbeiterschaft in den Streik getreten. In den übrigen Direktionsbezirken hat der Deutsche Eisenbahnerverband den Beginn des Streikes auf heute abend 10 Uhr festgelegt. Trotzdem liegen bereits jetzt Nachrichten über Arbeitsniederlegung aus Neuß, Düren, Bonn und Troisdorf vor. Annahme und Empfang für alle Güter (auch Gepäck und Express) sind geschlossen und werden mit sofortiger Wirkung für alle Kölner Bahnhöfe gesperrt werden.

Die Ausdehnung des Streiks auf Groß-Berlin.

Berlin, 30. Dezember.

Gestern abend tagte eine Funktärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes für den Bezirk Groß-Berlin. Einstimmig erklärten sich die Versammelten für den Streik, doch soll die Leitung der Gewerkschaftsorganisationen noch über die Einzelheiten beschließen. Von den Rednern wurde hervorgehoben, daß man sich mit den im Rheinland und in den angrenzenden Landes-teilen freitrenden Kameraden solidarisch erklären müsse. Gröner und Hermes hätten den Ernst der Stunde wohl unterschätzt. Der Streik dürfte schon heute abend beim Schichtwechsel eintreten.

Die kommende Weltwirtschaftskonferenz nach Cannes.

London, 29. Dezember.

Die Blätter melden zu dem Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz, die auf die Reparationskonferenz folgen solle und zu der Deutschland und Rußland eingeladen werden sollen, es sei seiner Wunsch und Absicht Englands, eine allgemeine Konferenz über Wirtschaftsfragen abzuhalten. Die Vorschläge mit französischen Ministern und die Einladung von Finanz- und Handelsfachverständigen seien Schritte in dieser Richtung. Der Erfolg würde jedoch von den Beschlüssen des Obersten Rates abhängen.

„Daily Express“ zufolge beschloß Harding endgültig, keine Wirtschaftskonferenz einzuberufen; dagegen werde er versuchen, vom Kongreß die Befugnis zu erhalten, die Regelung der alliierten Schulden zustande zu bringen. Eine allgemeine Revision des Londoner Reparationsplanes stehe augenblicklich nicht auf dem Programm der Konferenz von Cannes. Dem würde sich Frankreich in seinem gegenwärtigen Stadium bis aufs äußerste widersetzen, möglicherweise auch Belgien. Der Oberste Rat werde jedoch in Cannes zu entscheiden haben, was Deutschland in bar oder in Waren während des Jahres 1922 zu zahlen habe. Auch Belgien, Deutschland und Sowjetrußland würden an der internationalen Konferenz für wirtschaftliche Fragen Europas teilnehmen. Sowjetrußland werde aber zu der Konferenz nur eingeladen, wenn es die endgültige Zusage gebe, daß sein Verhalten bezüglich des Schutzes des Privateigentums, des internationalen Handels und der Handelsgeschäfte wie auch seine Finanz- und Wirtschaftspolitik in Zukunft in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen der zivilisierten Regierungen stehen werden.

Paris, 29. Dezember.

Nach Blättermeldungen wird die französische Delegation, die Briand nach Cannes begleitet, 50 Personen umfassen.

Nach einer Havasmeldung aus London glaubt man dort, daß die Konferenz der alliierten Außenminister, die ursprünglich in Paris stattfinden sollte und sich mit der Orientfrage befassen soll, mit der Konferenz in Cannes verbunden werden wird.

Reuter zufolge wird der Hauptteil der britischen Mission, etwa 20 Personen, am Sonntag morgen nach Cannes abreisen. Heute begeben sich u. a. Worthington Evans, Sir Bladett vom Schahamt, Lord Inverforth und Sir Robert Kimberson mit ihren Stäben nach Paris, wo am Freitag und Sonnabend Konferenzen stattfinden.

Kampf um die Macht.

Dr. L. Lübeck, 30. Dezember.

Weihnachten ist vorüber; die Weihnachtsmärchen haben der traurigen Wirklichkeit Platz gemacht. Wann wird man gelernt haben, daß es endlich auch Zeit ist, in der Politik die Wirklichkeit an die Stelle der Märchen treten zu lassen? Stinnes war in London, Rathenau war in London; Briand hat ebenfalls London besucht. Alle werden versucht haben, Lloyd George ein wenig auszufragen; mit der Erzählung schöner Märchen hat man sich aber sicher nicht abgegeben. Trotzdem gibt sich die gesamte bürgerliche Presse erhebliche Mühe, in allerlei Vermutungen und Phantasien ihren staunenden Lesern die ungeheuerlichsten Sachen über die Londoner Resultate zu erzählen.

Um die eigentliche Schicksalsfrage für die deutsche Zukunft geht man aber vorsichtig herum. Man verschweigt wohlweislich den Kernpunkt aller gegenwärtigen und zukünftigen Abmachungen. Man liebt nicht, von diesem wichtigsten zu sprechen, von der Finanzreform; denn man fürchtet sie. Und doch muß jeder denkende Politiker wissen, was auf dem Spiele steht. Entweder Finanzreform oder — Finanzkontrolle.

Am 15. Dezember hat die deutsche Regierung der Welt erklärt: Wir können nicht mehr. Das sind Worte, nichts als Worte, solange der Beweis nicht auf dem Fuße folgt. Und dieser Beweis wird nicht gelingen, solange in Deutschland Kapitalisten in Millionen schwimmen; solange Schieber und Spekulanten sich jeden Luxus leisten können; solange die großzügigste Steuerhinterziehung in den Willen des deutschen Großbürgertums zum guten Ton gehört.

Man möge sich allüberall darüber klar sein, daß das Maß voll ist. Es gärt in der dumpfen Stube der Proletarier, und Unzufriedenheit schlägt bis in die Kreise des mittleren Beamtentums. Lange genug schon fordern die Arbeiterparteien eine Ordnung der Finanzen durch eine ausgiebige Besteuerung des Reichtums. Geschehen ist bisher nichts. Man redet und redet, aber man geht nicht zur Tat über.

Eins ist heute klarer als jemals: Auf dem Gebiete des Steuerwesens ist der Kompromiß unmöglich. Entweder man macht proletarische Finanzpolitik, oder kapitalistische. Die Regierung wird an der Unmöglichkeit scheitern, den Abgrund zwischen beiden Möglichkeiten zu überbrücken. Nur in Weihnachtsmärchen wäre so etwas möglich, in der Wirklichkeit niemals.

An der Steuer auf die Sachwerte, von der Sozialdemokratie gefordert und verteidigt, erweist sich diese Unmöglichkeit jeden Tag aufs neue. Es sei frei ausgesprochen: der Kampf um die Sachwertsteuer ist eine Frage der Macht. Wird die Arbeiterschaft stark und entschlossen genug sein, ihren Willen durchzudrücken? Diese Frage wird eine Schicksalsfrage für das deutsche Proletariat sein. Sie muß ausgefochten werden, jetzt oder später.

Beshalb also dem Kampfe ausweichen, wenn man von seinem Kommen unbedingt überzeugt ist? Das Spiel mit der großen Koalition war nur der Versuch, den ungeheuren Abgrund, der das deutsche Volk scheidet, durch Nebel zu verschleiern. Es war ein vergeblicher Versuch gewesen. Die große Koalition im Reiche wäre nur ein schmachvolles Hinausschieben des Kampfes geworden — oder ein verdecktes Zurückweichen des Proletariats.

Beides wäre für den Klassenbewußten Arbeiter gleich schimpflich gewesen; beides hätte neue Rückschläge für den Sozialismus nach sich ziehen müssen. Lohnkämpfe ziehen herauf; Machtfragen werden darin mehr und mehr sich geltend machen. Der Kampf um den 9. November wird auf der ganzen Linie entbrennen. Die Arbeiter haben keinen Grund, diesen Kampf zu scheuen. Sie sind im Recht, und sie haben die Macht, wenn sie nur wollen.

Auch darüber möge man sich klar sein, daß wir auch in Lübeck in das Stadium des Kampfes um die Macht eingetreten sind. Die nächsten Monate werden das erweisen. An den Ausgang dieses Kampfes ist dann kein Zweifel möglich, wenn die Arbeiterschaft an ihrer Entschlossenheit und ihrem Siegeswillen vom 13. November festhält.

Die nächsten Tagungen der Bürgerschaft werden nur dem ihr wahren Bild zeigen, der sie von dem Gesichtspunkt der Machtfrage aus versteht. Senat und Bürgerschaft haben verschiedene Mehrheitsverhältnisse. Die Mehrheit des Senats ist reaktionär, die Mehrheit der Bürgerschaft sozialistisch. Wer wird seinen Willen durchsetzen, Reaktion oder Sozialismus? Am 13. November wurde die Bürgerschaft von der Mehrheit der Lübecker Bevölkerung beauftragt, im Sinne des Sozialismus zu regieren. Im Zeitalter der Demokratie ist dieser Auftrag höchstes Gebot, heiligste Pflicht. Sollte der Senat in seiner Mehrheit anderer Meinung sein, sollte er die Absicht haben, gegen die Mehrheit des Volkes sich durchzusetzen, dann sind Zusammenstöße unausbleiblich; dann wird der Kampf um die Macht auch nach außen in Erscheinung treten.

Der Kampf um das U-Boot.

Frankreichs Militarismus.

Nach Meldungen aus Paris hielt der Marineauschuss der Kammer gestern eine Sitzung ab, um Erklärungen des Marineministers über die Washingtoner Verhandlungen entgegenzunehmen. Der Ausschuss beschloß, das Ministerium zu verpflichten, die militärischen Interessen Frankreichs energisch zu unterstützen. Es habe eine genügend starke Flotte nötig, seine Küsten, Kolonien und die Freiheit seiner Gewässer zu schützen.

Die Desfinitivität Amerikas und Englands äußert sich teilweise sehr scharf über den französischen Militarismus. Von den amerikanischen Zeitungen tritt nur das Hearstblatt „New York American“ für die französische Auffassung ein und richtet heftige Angriffe gegen England. Die Mehrzahl der amerikanischen Blätter erklärt sich in der Unterseebootfrage für den englischen Standpunkt.

Auf der Konferenz ergriff, nachdem Sarraut keine Erklärung, die Haltung Frankreichs in der U-Bootfrage betreffend, abgegeben hatte, Hughes das Wort und dankte Frankreich, daß es bezüglich der Großflottenfrage die Opfer auf sich genommen habe. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß es keine gleichen Opfer hinsichtlich der U-Boote und Hilfschiffe auf sich genommen habe. Seitens der Delegierten wird auf die Washingtoner Konferenz erklärt, die Forderung Frankreichs nach einem Minimum von 90.000 Tonnen für seine U-Bootflotte habe die Tür für jedes Uebereinkommen geschlossen.

Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Frankreich habe den Weg für eine Lösung, die Amerika, England und Japan herbeizuführen wünsche, verperrt. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß in den Vereinigten Staaten ein starker Unwille gegen Frankreich herrsche; auf allen Seiten erhebe sich Widerpruch gegen den französischen Militarismus.

Sehr scharf sprach sich auch Balfour auf der Konferenz aus. Er sagte, das von Frankreich ins Auge gefaßte Programm erweise eine Verteidigungsmacht gegen die U-Bootflotte bauen müssen, die in nächster Nähe seines Gebietes geschaffen würde. Nach scharfer Äußerung sich „Daily Chronicle“ in einem „Frankreich als Friedensbrüder“ überschriebenen Leitartikel: Der eigenmächtige Militarismus Frankreichs bringe einen gefährlichen Teil der Hoffnungen der Welt auf Verminderung der Ausgaben für Rüstungen zur See und auf die Beseitigung der Gefahren des Rüstungswettbewerbes zum Scheitern. Frankreich spiele in Washington genau dieselbe Rolle, wie Deutschland seinerzeit auf der Haager Konferenz. Frankreich trete also in Deutschlands Fußstapfen. Viele Frage berühre die Grundlagen des englisch-französischen Zusammenwirkens. Großbritannien könne unmöglich weitere finanzielle Opfer bringen, um Frankreich aus seiner militärischen Lage herauszuheben, wenn Frankreich das erhaltene Geld zum Bau von Unterseebooten gegen den Frieden der Welt verwende. Die „Westminster Gazette“ weist auf die Erklärung Balfours hin, worin dieser sagt, ihn drückte der Beschluß Frankreichs, keine Stellung auszusprechen, unangenehm. Das Blatt hebt aus der Haltung Frankreichs ernste Folgen für Frankreich, England und die gesamte Welt entseher. Die Washingtoner Konferenz werde wenigstens zum Zusammenbruch der englisch-amerikanischen Beziehungen führen. Frankreich könne sich nicht behaupten, wenn es jemals moralisch wie auch materiell isoliert werde. Der „Times“-Korrespondent schreibt: Scharf erkannte Frankreich, daß die amerikanischen Sympathien für Frankreich eine Schwäche zu erklären hätten. Es sei jedoch diese Tatsache im voraus zu berücksichtigen. Der Berichterstatter der „Morningpost“ weist auf die Möglichkeit hin, daß Frankreich verfahren könne, einen Vasallen mit England über die gegenwärtig zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen herbeizuführen und dabei die Unterseebootfrage als Druckmittel zu benutzen. Hierbei die Unterseebootfrage als Druckmittel zu benutzen. Hierbei die Unterseebootfrage als Druckmittel zu benutzen.

Brands Vertrauensvotum.

Paris, 28. Dezember.

Bei der gestrigen Abstimmung in der Kammer ist, wie gemeldet, die Vertrauensstimmungsordnung Dutren in ihrer Gesamtheit mit 255 gegen 117 Stimmen angenommen worden. Der erste Teil dieser Tagesordnung mit dem sachlichen Inhalt wurde mit 361 gegen 238 Stimmen, der Schlussteil, der jede weitere Hinzuweisung ablehnt, mit 368 gegen 148 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung Herriot, die in Zukunft den Parlamentarismus verbietet, Verhaftungsreisepässe bei Kreditanstalten zu befehlen, wurde mit 435 gegen 15 Stimmen und der Antrag Bernard, daß auch Advokaten oder Strohmannen solche Pässe nicht bekleiden dürfen, mit 425 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Paris, 30. Dezember.

An den Verhandlungen mit der Reparationskommission haben gestern nachmittag deutschseits teilgenommen: Dr. Fischer, v. Derzer und Trendelenburg. Die deutschen Vertreter haben die Reparationskommission gefragt, ob die Reparationskommission eine sofortige deutsche Antwort auf die Antwortnote der Reparationskommission vom 16. Dezember d. J. für nötig halte. Die Reparationskommission gab zur Antwort, die deutsche Regierung sei selbst Richter darüber, ob es für sie zweckmäßig ist, auf die Antwort der Reparationskommission zu antworten oder nicht, aber auch sofort zu antworten oder erst später. Das Gelächter der deutschen Regierung vom 14. Dezember d. J. betreffend Zahlungsfrist wird von der Kommission erst nachgeprüft werden, wenn die in der Antwortnote der Reparationskommission erwähnten Auslegungen vorliegen. Die deutschen Vertreter haben daraufhin die Reparationskommission ersucht, die Fortführung der Verhandlungen auf Sonnabend zu vertagen.

Die erste Tagung der Pariser Wirtschaftskonferenz.

Paris, 30. Dezember.

Die Pariser Finanz- und Industriekonferenz hat gestern mit einem Diner in Hotel Grillon, in dem auch Dr. Walter Rathenau wohnte, begonnen. Gestern nahmen an Einladung Rathenau nur englische und französische Vertreter teil, doch sollen in der Folgezeit auch deutsche, österreichische, ungarische, holländische und vielleicht auch russische Vertreter der Finanz- und Industrie hinzugezogen werden. Die Konferenz hat den Zweck, einen von Lloyd George und Briand angegründeten Plan über den wirtschaftlichen Neuaufbau Europas und besonders Mitteleuropas zu beraten. Die Arbeiten der Konferenz sollen am Sonnabend abgeschlossen werden.

Wirths Steuervorschlag.

Berlin, 30. Dezember.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Dr. Wirth einige Tage vor dem Wiedereröffnungstermin des Reichstages die Führer der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung einladen, um ihnen vorzulegen, sich über ein Kompromiß über die Steuerberatung zu einigen. Wenn es auch nicht gelingt, bis zur Steuerberatung die große Koalition zu schaffen, so sei er doch davon überzeugt, daß es ihm gelingen werde, die genannten Parteien zu einem Kompromisse in der Steuerangelegenheit zusammenzuführen.

Uebergabe Oberschlesiens am 15. Januar.

Paris, 30. Dezember.

Am 15. Januar sollen, wie die Blätter melden, die Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens übergeben werden! General Le Rond hat das Großkreuz der Ehrenlegion für seine Wirksamkeit erhalten.

Umschwung an der Börse.

Am Berliner Devisenmarkt macht sich ein bemerkenswerter Stimmungsumschwung geltend. Während bisher die Spekulation größte Zurückhaltung zeigte, schreitet jetzt erste Fankfirmen zu umfangreichen Käufen. In obgedachten war die Tendenz bei etwas lebhafteren Umsätzen am Donnerstag ausgeprochen fest. Es notierten: Kabel New York 186, London 782,5 Holland 6800. Nach der Festlegung der amtlichen Kurie zeigte sich eine weitere Beseitigung im Hinblick auf den sehr unangünstigen Reichsbankausweis, der ein weiteres Anwachsen des Notenumlaufs um 4,4 Milliarden auf 108,99 Milliarden Mark zeigt.

Um die Handelsflagge der Republik.

Die konservative Berliner „Kreuzzeitung“ vertritt die Meinung, daß das Führen der alten Handelsflagge vom 1. Januar 1922 ab von den Wasserfahrtsbehörden bestrafte wird, mit dem Hinweis: „In Schiffsfahrtskreisen will man es auf einen Kampf ankommen lassen.“

Daß dieser Kampf von vornherein aussichtslos ist, sollten sich auch jene Schiffsfahrtskreise sagen, die der „Kreuzzeitung“ nahe stehen. Scharf ist den Herrschaften die Verordnung der Reichsregierung vom 11. April 1921 über die deutschen Flaggen nicht bekannt. Wir veröffentlichen deshalb die für die Schiffsahrt maßgebenden Absätze dieser Verordnung in der Erwartung, daß sich die „Kreuzzeitung“ mit ihren „Schiffsfahrtskreisen“ den „Kampf“ nochmals überlegen, nachdem sie ihre geplante fruchtlose Dummheit eingesehen haben:

§ 3. Deutsche Kauffahrtschiffe haben die Handelsflagge zu zeigen:

- a) beim Begegnen mit einem Schiffe der Reichsmarine, das die Reichskriegsflagge gesetzt hat,
- b) beim Vorbeifahren an einer deutschen Küstenbesetzung, auf der die Reichskriegsflagge weht, wenn das Vorbeifahren innerhalb dreier Seemeilen — beim nächsten Ebbestande vom Strande abgerechnet — erfolgt,
- c) beim Einlaufen in einem deutschen Hafen.

§ 4.

Fremde Kauffahrtschiffe haben in den Fällen des § 3b und c ihre Nationalflagge zu zeigen, desgleichen beim Begegnen mit einem Schiffe der Reichsmarine, das die Reichskriegsflagge gesetzt hat, wenn die Begegnung innerhalb der im § 3b bezeichneten Grenze erfolgt.

§ 5.

Die Kommandanten der Kriegsschiffe haben die Befolgung der Vorschriften über die Flaggenführung durch die Kauffahrtschiffe zu überwachen. Sie sind daher berechtigt,

- a) in den Fällen der §§ 3 und 4 das Zeigen der Flagge erforderlichen Falls zu erzwingen,
- b) den Kauffahrtschiffen als Handelsflagge geführte Flaggen, die den bestehenden Vorschriften nicht entsprechen und von ihnen angeführte Wimpel, die dem Wimpel der Kriegsmarine ähnlich sind, wegzunehmen, auch die unbefugte Führung der Handelsflagge zu verhindern.

§ 6.

Die Verpflichtung der Hafenpolizeibehörden zum Einschreiten bei Nichtbefolgung der in den §§ 3 und 4 gegebenen Vorschriften wird durch die Bestimmung des § 5 nicht berührt. Der Kampf wird also nicht leicht sein.

Anklage gegen politische Mordheher.

Nach der Ermordung Erzbergers hatten das „Spandauer Tageblatt“ und das „Völkische Tageblatt“ Artikel veröffentlicht: „Anis Schmitt, Das 2. Opfer: Hello v. Gerlach“, in denen recht unverblümt zur Ermordung des bekannten Pazifisten und Herausgebers der „Welt am Montag“ aufgefordert wurde. Die allgemeine Entrüstung, die sich darob in weiten Kreisen erhob, führte dahin, daß gegen den Redakteur des „Spandauer Tageblattes“ und den Schriftsteller F. H. Anklage bei dem Oberstaatsanwalt des Landgerichts III Berlin eingeleitet und die Strafverfolgung auch auf das mit dieser Zeitung verbundene „Völkische Tageblatt“ ausgedehnt wurde. Wie den P. P. N. unannehmlich von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist gegen den verantwortlichen Schriftleiter der beiden Blätter, Günther Lehmann, Friedenau, Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 111, 112, 223 des Strafgesetzbuches erhoben worden.

Die Einigungsfrage.

Die Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der USPD, die sich mit der Stellung zum bevorstehenden Parteitag beschäftigte, hat eine Entschließung als Antrag zum Parteitag angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag erkennt die idealen Beweggründe an, die in den Verhandlungen liegen, die politische Parteien des Protektorats zu einigen. Auch die praktische Bedeutung einer geeigneten proletarischen Partei ist außerordentlich groß, da den Segnungen der Arbeiterinteressen die gefährliche Front der Klassenbewegten Arbeiterklasse gegenübersteht.

Am aber Erfolge in einem solchen Kampfe zu erzielen, bleibt die äußere Form der Einheit wirkungslos, wenn über die Grundzüge und Lattik innere Gegenstände vorhanden sind. Da es nicht zu befürchten, daß eine in besserer Absicht vorzeitig zusammengeeilte Partei dadurch vollkommen aktionslos wird, daß die inneren Gegenstände bei jeder neuen politischen Forderung in Erscheinung treten und zu heftigen inneren Kämpfen führen.

Bevor daher zwischen den zur Zeit bestehenden drei sozialistischen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden darf, muß ein klares Bekenntnis ihrer Anhänger vorliegen, daß sie sich nur als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ansehen, deren Interessen den Interessen der bürgerlichen Schichten gegenüberüberlegen.

Zwischen diesen Interessen kann es kein Ueberbrücken und kein Ausweichen geben, deshalb muß die Partei, die zur Einheit mit der USPD als reif angesehen werden will, erklären, daß für sie eine Koalition mit den Vertretern der bürgerlichen Schichten ausgeschlossen ist.

Ebenso muß die Einigung die Voraussetzung haben, daß die höchste Gewalt der Partei in den Händen der Mitglieder selbst liegt. Nur durch tätiges Mitwirken und Mitreden jedes einzelnen Mitgliedes, nur durch die Unantastbarkeit des Rechtes der Selbstbestimmung kann eine proletarische Partei die gesunden Voraussetzungen für siegreiche Kämpfe entfalten.

Die Entschließung belagt, daß die Unabhängigen sich noch immer auf dem halben Wege ihrer Entwicklung befinden. In einer Zeit, in der es auf durch konsequente Erinnerung von Machtpositionen die Stellung der Arbeiterklasse zu befestigen, ist es unmöglich, gleichzeitig von einer Arbeiterpartei absolute Abstinenz bezüglich der Koalition mit bürgerlichen Parteien zu fordern. Die Unabhängigen selbst haben diese Konsequenz nicht gezogen, indem sie durch wohlwollende Neutralität indirekt die Politik des gegenwärtigen Reichskabinetts unterstützen. Es ist oft betont worden, daß die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien für keinen Sozialisten eine Freude bedeutet. Gerade die Politik der Unabhängigen aber ist zum großen Teil daran schuld, daß die sozialdemokratische Partei diesen Kurs einschlagen mußte.

Gegen Kleinaktien.

Essen Ruhr. (Eig. Drahtm.)

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Vertrauensleute, Betriebsräte, sowie Betriebsvertreter der Firma Krupp nahmen in einer Versammlung Stellung zu der Frage „Sozialisierung oder Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft?“ Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt: „Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer aus Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung einer solchen Schädigung der arbeitenden Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilunternehmer anzusehen sind. Dadurch werden Interessengegenstände geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen. Das Solidaritätsgefühl, welches wir für die arbeitenden Klassen unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer bedeutenden Wirtschaftlichkeit innehaben müssen, noch mehr gefährden. Wir müssen daher, gemäß unseres Pflichtgefühls und in Erwägung der schweren Schädigung, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeiterschaft entsteht, die von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten.“

In der Versammlung wurde noch festgestellt, daß eine vorherige Aussprache vor der Beratung seitens der Firma mit der gesetzlichen Vertretung der Arbeiter und Angestellten nicht stattgefunden hat. Die Vertreter wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

Demd wehrt sich.

SPD. Berlin, 29. Dezember.

Schon oft hat die „Rote Fahne“ bemerkt, daß sie im Verleumdungen groß ist, und daß sie selbst nicht zurückschreit, eigene Verleumdungen zu denunzieren, wenn es ihr zum Wohle erscheint. Auch die Führer des mitteldeutschen Aufstandes und die Schreiber der von der sozialistischen Presse veröffentlichten Entschließungen über den Märzputsch Lema, Bowitzky usw. suchte das kommunistische Organ als Spitzel zu bezeichnen, um damit jeder Schuldbeweis von sich abzuwälzen. Lema, der inzwischen in Haft genommen wurde, hat durch seinen Rechtsvertreter nunmehr versucht, die Verleumdungen der „Roten Fahne“ durch nachstehenden Protest, der im Besitz des kommunistischen Organs ist, und dessen Abdruck gefordert wurde, zu erledigen:

„Freitag, den 9. Dezember 1921.“

In der Redaktion der „Roten Fahne“.
In der Nr. 561 der „Roten Fahne“ vom 8. Dezember wird über meine Verhaftung eine Darstellung gegeben, die geeignet ist, mich den Parteigenossen gegenüber als Spitzel hinzustellen. Die Redaktion der „Roten Fahne“ weiß ganz genau, daß ich seit 9 Monaten von der Polizei gesucht wurde. Sie ist weiter genau darüber orientiert, daß ich niemals in der Wohnung meiner Frau polizeilich angefaßt war. Wider besseres Wissen behauptet das nun die „Rote Fahne“ und sagt weiter wörtlich: „Diese Tatsache ist bezeichnend für die Art und Weise, in der der neue Kommunistenprozess eingeleitet wird.“

Gerade dieser letzte Satz soll nun die Meinung erwecken, als ob ich mich mit Rücksichtgebeurer Genehmigung der Polizei in der Wohnung meiner Frau aufgehalten habe und erst jetzt auf Grund der Veröffentlichung der Berichte im „Vorwärts“ festgenommen sei. Das bedeutet, daß ich als Spitzel tätig gewesen sei, und daß auf diese Art und Weise die Voraussetzungen für den neuen Kommunistenprozess geschaffen werden sollen.

Ich protestiere auf das entschiedenste gegen diese verlogene Darstellung der „Roten Fahne“, an der auch die angebliche Berichtung in Nr. 562 der „Roten Fahne“, die erst auf ausdrückliches Verlangen meiner Frau, nachdem dieselbe darauf hingewiesen hat, daß sie sich bei einer evtl. Ablehnung an eine andere Arbeiterzeitung wenden wird, nichts ändert.

Gemäß § 11 des Preßgesetzes erlaube ich um sofortige Berichtigung.

Mit Parteigruß

gez. Alfred Lema,

zurzeit in Untersuchungshaft.

Während die „Rote Fahne“ genug hat für erfundene „Verleumdungen“, ist diese Veröffentlichung des Kommunisten Lema bisher noch nicht veröffentlicht worden. Die Verleumdungen in der „Roten Fahne“ werden wissen, warum; denn durch die Veröffentlichung würden die Parteianhänger, von dem ein großer Teil bereits heute rebelliert, noch mehr erfahren von der Charakterlosigkeit jener kommunistischer Parteiführer. Vielleicht genügt diese Veröffentlichung, um einem weiteren Teile der Kommunisten die Augen zu öffnen.

Dollarkurs: 187 Mark (Vorbörse).

Europa und Washington.

Einer der wesentlichsten Grundsätze im Programm Harding, auf Grund dessen er zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, war die erweiterte Monroe-Doktrin, die es der amerikanischen Regierung verbietet, sich in europäische Verhältnisse einzumischen. Deshalb wurde Harding nicht müde, immer wieder zu betonen, es sei unmöglich, auf der Konferenz von Washington europäische Probleme zu behandeln. Allein die Tatsachen sind auch hier häufiger als politische Grundsätze. Die Abrüstungsfrage wurde in dem Augenblick zu einem europäischen Problem, in dem außer England andere europäische Staaten in die Regelung einbezogen wurden. Englands Zwitterdasein als Kolonialmacht und als Kontinentalmacht ließ eine reinliche Scheidung zwischen Seeabrüstung und Landabrüstung nicht zu und der mit so viel Geschäftigkeit verdeckte heimliche Gegensatz Frankreich-England trat ans Tageslicht.

Frankreichs herausfordernde Haltung in Washington wäre nicht verständlich, wenn es sich nicht seiner überragenden Stärke in Europa und seiner nützlichen Dienste für die Vereinigten Staaten bewußt wäre. Briands an sich plumpe Rede vor seiner Abreise aus Washington in der Landabrüstungsfrage, die Forderung nach einer Japan ebenbürtigen Großkampfflotte mühten ohne diese Zusammenhänge wie ein Halsbrecherischer Hufarenritt wirken. Daß das nicht der Fall war, zeigt Frankreichs Haltung in der U-Boot- und in der Frage der Kleinen Flotteneinheiten. Frankreichs wesentliches Ziel in Washington ist es, sich militärisch eine europäische Vormachtstellung zu schaffen, die es von England unabhängig macht. Das verwickelte Problem des europäischen Gleichgewichts, das so viel blutige Kriege zur Folge hatte, droht also auch der Washingtoner Konferenz zur Gefahr zu werden.

In den Vereinigten Staaten sucht man die Gefahr auszuweichen, indem man die Unterseeboot- und die Hilfskreuzerfrage gegebenenfalls einer zweiten Konferenz vorbehält. Die Frage bleibt vorläufig offen, ob unter diesen Umständen in Washington überhaupt ein sichtbarer Erfolg erzielt werden kann. Es ist jedenfalls sehr gefährlich, wenn Frankreich in diesem Augenblick den Vorschlag in die Debatte wirft, als Voraussetzung für die gewünschte Abrüstung der feindlichen Flotteneinheiten einen Vertrag anzusehen, der es sich zur Aufgabe setzt, den Frieden in den europäischen Gewässern zu erhalten und der für England, Deutschland, Italien und Frankreich bindend wäre. Hier hätten wir den Garantievertrag für Frankreichs Sicherheit, den die Vereinigten Staaten eingesehen sich weigerten, in veränderter Form und zu gleicher Zeit einen Vorschlag, der die Pläne Lloyd Georges hinsichtlich eines Wiederaufbaus Europas gewissermaßen ergänzt. Mag diesem Vorschlag im Augenblick auch nicht mehr als taktische Bedeutung zukommen, er zeigt doch, daß man auch in Washington an Europa nicht vorüberkommt.

Der 9. Allrussische Rätekongreß.

(Kurzdruck.) Moskau, 27. Dezember.

Im Namen des Allrussischen Zentralkomitees eröffnete Kallinin den 9. Allrussischen Rätekongreß. Nach den Begrüßungsansprachen der Vertreter der föderierten Sowjetrepubliken erstattete Lenin einen zweistündigen Bericht über die äußere und innere Lage der russischen Sowjetrepublik. Obwohl der Weltkapitalismus, erklärte Lenin, sich zu zerlegen beginne, hätten die merkantilen Massen des kapitalistischen Westens noch nicht den Weg der Revolution beschritten. Rußland befände sich zurzeit im Zustande eines labilen Gleichgewichtes und müßte auf neue Ueberfälle gefaßt sein. Die Sowjetregierung habe die Randstaaten anerkannt, verwahre sich aber gegen eine Verhöhnung, wie sie seitlich von Seiten Finnlands zutage getreten sei. Ohne Beziehungen zum Auslande könne Sowjetrußland nicht bestehen; es müsse bei den zum Wiederaufbau herangezogenen Kapitalisten zu wirtschaften lernen. Zum Schluß forderte Lenin zur Solidarität mit den Bauernmassen auf, was einzig den endgültigen Sieg der revolutionären Erzeugnisse verbürge. Darauf billigte der Kongreß einstimmig die äußere und innere Politik der Sowjetregierung. Alsdann berichtete Kallinin über die bisherigen Ergebnisse der Hungerhilfe: Aus staatlichen Mitteln hätten bisher nur 10 % der erwachsenen Bevölkerung und 17 % der Kinder der Hungergebiete dürrig verpflegt werden können, höher war der Staat genötigt, sich um Unterstützung an die Bevölkerung zu wenden; die allgemeine Hilfsfähigkeit müsse wesentlich verstärkt werden. Kallinin sprach die Gewißheit aus, daß kein Appell auch bei dem ausländischen Proletariat lebhaften Widerhall finden werde. Es folgten Berichte des Volkskommissars für Landwirtschaft Dittuski, für Gesundheitswesen Semakho u. a. In der Abendklausur berichtete Kamenew an der Hand umfangreichen statistischen Materials über die neue Wirtschaftspolitik und der Fortschritte des Obersten Volkswirtschaftsrates Bagdanow über die Lage der russischen Industrie.

Zu dem Reichsberichtsbericht Lenins bemerkte die Moskauer „Pravda“, daß er deutlich den Wunsch nach friedlichen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Auslande gezeigt habe; die Sowjetregierung würde diese Beziehungen durch Verwaltungsmassnahmen und durch weitere Zugeständnisse wirtschaftlicher Art erleichtern, doch werde sich Sowjetrußland keinesfalls zum Spielball für die Großmächte hergeben.

Moskau, 28. Dezember.

Im weiteren Verlauf des 9. Allrussischen Rätekongresses erklärte Kamenew in seinem Bericht, die neue Wirtschaftspolitik zeitige schon jetzt merkliche Erfolge. Der vorhersehende Einfluß des mächtigsten Unternehmers, d. h. des Staates, auf dem Markt müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

Der Landwirtschaftskommissar Dittuski betonte in seinem Bericht, die Sowjetregierung werde mehr mit der Landwirtschaft als mit der Industrie rechnen müssen, da jene die Grundlage der russischen Volkswirtschaft bilde.

Prof. Tuljafow sprach über die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Landwirtschaft in den südöstlichen Hungergebieten Rußlands. Wenn es überhaupt gelänge, den Verfall der Landwirtschaft aufzuhalten, so würde es erst im Jahre 1923 möglich sein, mit dem Wiederaufbau der Landwirtschaft zu beginnen.

Ableferung von Ausfuhrdevisen.

Auf Grund des Londoner Ultimatus muß auf den Wert der deutschen Ausfuhr eine Abgabe von 25 Prozent erhoben werden; der Gegenwert dieser Abgabe soll in deutscher Währung von der deutschen Regierung dem Exporteur verpfändet werden. Das Garantiekomitee der Entente hat sich bisher damit einverstanden erklärt, daß diese Abgabe nicht

unmittelbar von der Ausfuhr erhoben, sondern daß die Art der Ausfuhr dieses Betrages der Reichsregierung überlassen wurde. Dieses vorläufige, aber jederzeit widerrufbare Zugeständnis hatte das Garantiekomitee gemacht, nachdem ihm deutschseits dargelegt worden war, daß die bestehende Außenhandelskontrolle die Erfassung von 25 Proz. des Ausfuhrwertes an sich sichergestellt, jedoch in einer Weise durchgeführt werde, die den deutschen Außenhandel weniger gefährde, als wenn die Erhebung der 25 Prozent unmittelbar erfolgen würde.

Nun hat aber das Garantiekomitee in einer Note vom 17. November dieses Jahres verlangt, daß erstens die deutsche Regierung dafür Sorge, daß die von den Außenhandelsstellen vorzunehmenden Maßnahmen gesetzlich festzulegen seien, und daß zweitens die deutsche Regierung ein Gesetz schaffe, das ihr gestatte, die vorgelebene unmittelbare Erhebung der 25 Prozent dann durchzuführen, wenn das Garantiekomitee das wünschen sollte. In ihrer vom 26. November datierten Antwort hat die Reichsregierung dem Garantiekomitee mitgeteilt, daß sie dem Parlament alsbald entsprechende Gesetze vorlegen werde.

Inzwischen sind diese beiden Gesetzentwürfe fertiggestellt worden und werden binnen kurzem dem Reichstag zur Beschlußfassung zugehen; vorher soll noch der Reichswirtschaftsrat ein Gutachten über sie abgeben.

Der wichtigste Paragraph in dem Gesetz über die Ableferung von Ausfuhrdevisen hat folgenden Wortlaut:

Die im § 1 der Verordnung über die Außenhandelskontrolle vom 20. Dezember 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 2128) vorgegebene Ausfuhrbewilligung wird nur unter der Bedingung erteilt, daß Zahlungsmittel und Forderungen, welche auf die in der Ausfuhrbewilligung bezeichnete Auslandswährung lauten, in Höhe des in der Bewilligung genannten Wertes der Reichsbank oder den von ihr zu bestimmenden Stellen anzubieten sind.

Die wichtigste Bestimmung des Gesetzes über die unmittelbare Erfassung von Ausfuhrdevisen lautet wie folgt:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, anzuordnen, daß von einem von ihr zu bestimmenden Zeitpunkt ab zur Erfüllung der im Zahlungsplane zum Ultimatum vom 5. Mai 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 762) unter Artikel VII Abs. 2 b, vorgegebenen Zahlungspflicht bei der Ausfuhr von Waren eine Abgabe in Höhe von 25 vom Hundert des Wertes der Ausfuhr in Zahlungsmitteln der Forderungen, die auf ausländische Währung lauten, gegen Erstattung des Gegenwertes in Reichswährung unmittelbar vom Ausführenden erhoben werden.

Hermes.

Die Politik des Ministers Hermes ist von der Sozialdemokratie — und besonders an dieser Stelle — seit anderthalb Jahren aufs schärfste bekämpft worden. Bereits der Parteitag in Kassel beschloß, daß die Reichstagsaktion auf den Rücktritt Hermes hinwirken sollte, und wenn der Beschluß auch nur mit einer kleinen Zufallsmehrheit gefaßt wurde, so war doch die Partei und der ganze Parteitag stets darin einig, daß die Hermes-Politik für das deutsche Reich schädlich und für die Arbeiterklasse verhängnisvoll sei.

Aber Herr Dr. Hermes ist noch heute Ernährungsminister und hat seine Politik in keiner Weise geändert; er ist obendrein Reichsfinanzminister geworden, und das ist wenigstens ein guter Witz. Denn auf der einen Seite hatte Herr Hermes so die angenehme Möglichkeit, die Abschlüsse der liquidierenden Kriegsgesellschaften selbst zu genehmigen und die notwendigen Zuschüsse zum Ausgleich der Rechnung selbst zu bewilligen, und das entlastete ihn der unangenehmen Notwendigkeit, sich etwa mit einem anderen Finanzminister über die finanziellen Folgen seiner eigenen Anordnungen auseinanderzusetzen; über das Verbot der Ankäufe, als die Preise niedrig und die Kurse gut waren, und die Befehle zum Kaufen, als die Preise teuer und der Kurs der deutschen Mark stark war. Auf der anderen Seite freilich muß jetzt der Reichsfinanzminister Dr. Hermes mit den Angestellten und Beamten des Reiches über die Gehälter verhandeln, und da bekommt er wenigstens einen kleinen Geschmack davon, was er mit seiner Politik angerichtet hat.

Die Tätigkeit des Dr. Hermes als Reichsernährungsminister war die denkbar einfachste. Er war aus besten Kräften befreit, sich ein ganzes Ministerium überflüssig zu machen. Und uns scheint, daß ihm dies so gründlich gelungen ist, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft längst nur noch ein überflüssiger Kostenfresser geworden ist; eine Abteilung im Reichswirtschaftsministerium mit höchstens einem Ministerialdirektor an der Spitze würde die paar Aufgaben, die da neben den einzelstaatlichen Landwirtschaftsministerien noch zu bearbeiten sind, bequem erledigen können. Herr Dr. Hermes hat, so rasch es nur eben ging, die staatliche Wirtschaft aufgehoben und den sogenannten freien Handel wieder hergestellt. Irrend welche Fähigkeit und Intelligenz hat man zu diesem Geschäft nicht aufzuwenden gebraucht. Man braucht nur ein robustes Gewissen, das durch die notwendigen Folgen dieser freien Wirtschaft nicht erschüttert wurde.

Man braucht heute über das Kapitel kaum noch zu reden. Die Reichseisenbahnen teilen gerade jetzt mit, daß sie wieder genug Kohlen haben und daß es ihnen auch in den letzten 14 Tagen gelungen sei, alle Schwierigkeiten der Kartoffelbeförderung zu überwinden; es hätten daher die Zuschußgebiete aus den Ueberflußgebieten gut versorgt werden können. Und das Ergebnis dieser guten Versorgung? Die Preise für den Zentner Kartoffeln sind jetzt in Berlin über 150 Mk. hinausgeflettert und werden im Ruhrrevier sicherlich bald 200 Mk. erreichen. Als man die Kartoffelzwangswirtschaft aufhob, kosteten die Kartoffel 25 Mk. der Zentner und man hatte dem Volke vorgelogen, der freie Handel werde die Kartoffeln zu 15 Mk. liefern. Aber wenn Herr Hermes schon kein kluger und kein tüchtiger Mann ist, so ist er wenigstens ein mutiger Mann; er hat den Mut, angesichts dieser Folgen seiner eigenen Politik die Lohn- und Gehaltsforderungen der für den Staat Arbeitenden zurückzuweisen.

Das neueste Heidenstück aus dem Reiche des Herrn Dr. Hermes ist die Neufestsetzung der Düngemittelpreise, die sogar das manchesterliche Gemüt des „Berliner Tageblattes“ in Wallung gebracht hat. Die Preise für Stickstoffdüngemittel sollen künftig nach den Kohlenpreisen steigen, damit auf diese Weise die Kohlenindustrie und die Düngemittelindustrie ein solidares Interesse an gemeinsamer Preistreue bekommen. Die Preise für Thomas-Mehl sollen sich nach den Preisen für inländisches Getreide richten, d. h. nach dem inländischen Getreide, das in freiem Verkehr ist und dessen Preis fortwährend steigt, auch wenn der Weltgetreidepreis

sinkt und die deutsche Valuta sich hebt. Es ist alles so schön eingerichtet, daß die Düngemittelindustrie möglichst hohe Profite macht und daß die Preise der Lebensmittel im kommenden Jahre möglichst teuer werden. Je mehr man übrigens die Düngemittel veräuert, desto schlechter wird natürlich gedüngt, desto schlechter werden die kommenden Ernten, und das ganze ist dann wieder die Wiederaufbaupolitik des Dr. Hermes. Der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun hat einmal in seinem Amt als Landwirtschaftsminister und vor dem Parteitag in Kassel andere Pläne entwickelt; er wollte durch eine staatliche Organisation die Düngemittel so billig wie möglich machen und sie den Landwirten auf Kredit bis zur nächsten Ernte liefern. Wäre man diesen Absichten gefolgt, dann würde wahrscheinlich das deutsche Volk im Jahre 1922 bereits mit einheimischen landwirtschaftlichen Produkten voll versorgt werden können. Dann hätte Deutschland seine ganze Wirtschaft wieder aufrichten und einen großen Teil der Reparation wirklich bezahlen können — aber Herr Hermes, die Agrarier und die Düngemittelindustrie hatten es anders beschlossen. Sie haben bei dem umgekehrten Hermes-Verfahren in der Tat glänzend verdient, und das deutsche Volk, nun, dem deutschen Volke geht es so, wie es nach seinen Wahlen verdient.

Denn um die Tatsache kommt man nicht herum, daß Herr Hermes heute noch mächtiger ist als vor anderthalb Jahren und daß der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Ernährungs- und damit zusammenhängende Wirtschaftspolitik nicht stärker, sondern eher immer geringer geworden ist.

Nach soweit die Sozialdemokratie politische Macht besitzt, auch soweit die Arbeiterklasse die nötige Einsicht zeigt, ihre Interessen im Staat in der richtigen Form wahrzunehmen, ist sie wirtschaftlich noch ziemlich ohnmächtig. Wirtschaftlich herrscht heute das Land über die Stadt, und innerhalb der städtischen Bevölkerung die Besitzer der Produktionsmittel über das ganze übrige Volk. Landwirt und Kapitalisten haben unter all dem deutschen Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit wenig gelitten; Lasten und Schaden trägt fast ausschließlich die breite Volksmasse in der Stadt, der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte, der kleine Mann. Das Symbol dieses Zustandes ist die Ministerpräsident des Dr. Hermes.

Für die Arbeiterklasse aber muß immer schärfer das Zentralproblem ihrer Lage in den Mittelpunkt des Denkens rücken; wie sichern wir unsere politische, wie verschaffen wir uns wirtschaftliche Macht? Mit den russischen Gewaltexperimenten ging es dort nicht, geht es aber ganz gewiß in Deutschland nicht. Dieser phantastische Unsinns muß erst aus den Köpfen heraus, ehe die Wege und Lösungen der Vernunft überhaupt gesucht werden können. Dann aber gilt es, über die alten Leistungen der Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften hinaus neue Wege für die Arbeiterklasse im weitesten Sinne zu wirtschaftlicher Macht ergreifung zu finden. Und auch hier wird am Anfang das alte Wort des alten Liebknecht stehen: Wissen ist Macht!

Volkswirtschaft.

Butter-Auktion.

Hamburg, 29. Dezember.

Auf der heutigen 81. Versteigerung der Meierei-Verbände für Schleswig-Holstein zogen die Preise etwas an. Sie bewegten sich zwischen 37,40—38,00 Mk. das Pfund gegen 36,00—37,00 Mk. auf der letzten Versteigerung in der vorigen Woche. Die Zufuhren waren nur sehr gering und genügten der regen Nachfrage nicht.

Wiedermärkte.

Hamburg, 22. Dezember.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 kg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Quen 1100—1250 Mk., II. Qualität 900—1000 Mk., III. Qualität 800—875 Mk., I. Qualität Bullen 975—1100 Mk., II. Qualität 850—900 Mk., III. Qualität 700—800 Mk. Wollfleischige und fetter Rüh bis 5 Jahr alt 1000—1150 Mk., ältere fetter Rüh 850—950 Mk., mäßig genährte 650—750 Mk., gering genährte 450—550 Mk., I. Qualität Weiden 1000—1100 bis 850 bis 950 Mk., II. Qualität 700—840 Mk., III. Qualität 450—650 Mk. Zufuhr 1534 Rinder (hierunter 509 Ochsen, 221 Quen, 367 Bullen, 437 Rüh) und 915 Schafe. Der Rinderhandel verlief reger, bei etwas anziehenden Preisen. Mit Schafen war das Geschäft reger. Durch die Landw.-Kammer wurden 80 Rinder und 145 Schafe verkauft.

Devisen-Kurse.

Serim, 30. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		29. Dez.	28. Dez.
Amsterdam	100 fl.	6793.20	6668.30
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1426.05	1406.05
Kristiania	100 Kr.	2967.—	2914.55
Kopenhagen	100 Kr.	3686.30	3656.30
Stockholm	100 Kr.	4635.35	4535.45
Helsingfors	100 Finn. Mk.	360.60	357.60
Rom	100 Lire	798.70	809.15
London	1 £	781.70	769.20
New York	1 Doll.	185.81	182.81
Paris	100 Frs.	1492.—	1478.50
Zürich	100 Frs.	3631.35	3586.40
Madrid	100 Pesetas	2767.20	2717.25
Wien	100 K.	6.68	7.43
Budapest	100 K.	29.27	29.27
Prag	100 K.	269.70	256.70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tage	Geb.
Angekommen am 29. Dezember.							
D.		Edith	Jensen	Marbus		5	
Angekommen am 30. Dezember.							
D.		Sehmarh	Schwenn	Burgstaaken		3 1/2	
D.		Zernan	Widler	Walmö		14	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heiligen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meier & Co., sämtlich in Lübeck.

DER GUTE POTT JAMAICA-RUM

Verteiler: **Rudolf Prehn, Lübeck.**
Mengenstraße 46.

Singsverein Einigkeit St. Gertrud
Großer Silvesterball.
Anfang 7 Uhr. (11209)
Gesellschaftshaus Marli.

Gesellschaftshaus und Café Mouß
Israelsdorf. (11228)
Sonnabend, den 31. Dezember 1921:
Gr. Silvester-Feier
Im neuerbauten Café und weißen Saal:
Vornehmes Kränzchen.
Im großen Saal:
Großer Silvester-Ball.
(11228) Anfang 7 Uhr.
(Großes Streichorchester).
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Waisenhof. (11229) Heute Freitag: Tanz.
Sonnabend: Silvesterball.
Neujahr: Großer Tanz.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Sonnabend, den 31. Dezember: (11281)
Silvester-Feier
im Gewerkschaftshaus.
Einlaß 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende?

Silvester-Feier
der Graphischen Liedertafel Lübeck
am Sonnabend, 31. Dezember 1921
von 8 Uhr abends an im (11247)
Konzerthaus Lübeck

Hodermann
Gr. Silvester-Feier
Eintritt MK. 5.— (11248)
Tischbestellung erbeten.

Friedrich-Franz-Halle.
Sonnabend, 31. Dezember
Gr. Silvesterball.
Anfang 7 Uhr. (11235)
Am Neujahrstag:
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet freundl. ein
L. Stamer.

Konsumverein für Lübeck und Umg.
e. G. m. b. H.

Bilanz am 30. September 1921.

Aktiven.		Passiven.	
M.	ℳ	M.	ℳ
An Kassenbestand	19 726 07	Der Reservefonds	149 895 44
Wechselkassen	3 650 —	Baufonds	15 000 —
Bankguthaben G.C.G.	893 207 74	Warenvorratshaus	12 832 69
Bankguthaben G.C.G. (Giro)	481 059 20	Dispositionsfonds	18 177 28
Vorkauf- und Sparr-Bank (Giro)	613 007 43	Geschäftsguthaben d. Genossen	1 166 132 95
Bankguthaben Commerzbank (Giro)	759 033 56	Spareinlagen	6 612 499 24
Bankguthaben Nationalbank (Giro)	357 020 05	Sparmarken	1 002 50 —
Beteiligung Wertpapiere	151 898 10	Rautonen	25 223 23
Hypotheken	521 900 —	Darlehen	150 000 —
Telegraphenamt	28 000 —	Hypotheken	805 235 —
Waren	25 600 —	Lieferantenschulden	788 906 27
Mineralwasser	5 291 411 53	Rabattguthaben der Genossen	717 625 80
Tricherei	3 433 39	Noch zu zahlende Unkosten	32 338 74
Feuerung	67 208 39	Noch zu zahl. Umf. d. Arb.	445 232 25
Papier u. Bindgarn	26 642 20	Arbeitsfürsorge	1 140 90
Inventory	123 866 03	Erübrigung	99 406 25
Leistungswagen	350 000 —		
Flaschen	85 000 —		
Misch- u. Betr. Mittel	40 000 —		
Grundstück u. Gebäude	5 —		
	1 600 000 —		
	11 041 218 74		11 041 218 74

Im Geschäftsjahr 1920/21 sind der Genossenschaft 2316 Genossen beigetreten und 496 Genossen ausgeschieden. Am Schluß des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 17 666 Genossen an.
Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich um 707 105,56 Mk. und die Passivsumme um 273 000,— Mk. vermehrt.
Die Passivsumme betrug am Schluß des Geschäftsjahres 2 650 500,— Mk.
Lübeck, den 29. Dezember 1921. (11228)

Der Vorstand:
A. Henze. F. Jaekstat. G. Stark.

Lübecker Weinhaus Otto Voigt
Fleischhauerstr. 14

Tarragona	Weinbrand
Insel-Samos	Weinbrand-
Sherry	Verschnitt
Madeira	Jamaica-Rum-
Malaga	Verschnitt
Portweine	Batavia-Arrac-
Bordeaux-	Verschnitt
Weine	Liköre
Mosel-Weine	Punsche (11198)
Rheinweine	Apfelwein
Lübecker Halb und Halb.	

Zähle den höchsten Lagerkurs für
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Gebisse, Doubleé
u. Schmucksachen aller Art.
Brennmann, Bedergrube 24
Zigarrengeschäft. (11240)

Die höchsten Lagerpreise für
Lumpen, Eisen,
Metalle, Papier,
Felle usw.
erhalten Sie bei
Selig L. Cohn, (11201)
Bahnhofstr. 62.
Telefon 2153.

ZENTRAL-HALLEN
Morgen Sonnabend:
Silvesterfeier. Gr. Tanzkränzchen.
Eintritt frei. (11237)

Luisenlust.
Morgen
Großer Silvesterball
Am 1. Januar
Großer Neujahrball
Eintritt und Tanz frei. (11241)
Bandonium-Kapelle.

Ab heute gelangt noch ein kl. Rest beste
Blutwurst im Weißblechbösen
zum Verkauf. (11211)
2-Pfund-Dose 6.50 Mk.
Ferner empfehle frisch eingetoffene
Margarine zu 21.50, 23. u. 25 Mk.
Heinrich Vdk. Bedergrube 21.

Karl Lohrtz, Böttcherstr. 16
draußen Ochsenf. Pfd. 18 fettes Rindfleisch Pfd. 8
Kollf. Beef. 16 fettes Bratenfleisch 9
festes Schweinef. 22 Kollfleisch, Beef. 12
Räucher u. Nocken 24 fettes Hammelf. 12
ausgelassen. Salz 24 (11219) Speisefett 24

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert
und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Preis-Skat
Sonntag, d. 1. Januar,
nachmittags 4 Uhr.
„Pollerkrug“.
(11225)

Sonnabend, 31. Dezbr.
Ernst Albert-Silvesterball
in allen Sälen des
Städt. Saalbaus.
Petrus lernt tanzen.
Was Lübeck sich wünscht.
Kein Weinzwang.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf: Nagel
am Markt, Buic
Breite Straße. (11226)
Eintritt 10 Mark
Steuer 3 Mark

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Ortsgruppe Moisling.
(11224)

Zur Silvesterfeier
am 31. Dezember
abends 7 Uhr
im Kaffeehaus
ladet freundlich ein
Das Festkomitee.

Schön ist es überall, am
schönsten aber im früheren
Pferdestall, Johannishof.
(11233) Silvester:
Großes musikalisches
gemitt. Beisammensein
Ab 1. Jan. tägl. 4 Uhr:
Künstler-Konzert.

**Arbeiter-Gammler-
Kolonne Lübeck.**

Generalversammlung
am 9. Januar 1922
im Vereinslokal.
(11206) Der Vorstand.

**Kranken- u.
Sterbekasse**
gewerblicher
Arbeiter.

**General-
Versammlung**
am Montag, 30. Jan.
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. u.
4. Quartal 1921 und
Jahresbilanz.
2. Wahlen.
3. Verschiedene Kassen-
angelegenheiten.
NB. Nach Schluß der
Beratung Vorlegung
der Jahres-Abrechnung
der Frauen-Sterbekasse.
Mitgliedsbücher sind
vorzulegen. (11205)
Der Vorstand.

Friedrichshof
Großer Silvesterball
(11231)

U. T. Lichtspiele
Fünfhausen 17/19
im Hause der „Fledermaus“
Heute und folgende Tage:
Der gewaltigste amerikanische
Sensationsfilm!
Tarzan
8 Akte, nach dem berühmten Roman
von Edgar Rice Burroughs.
Das Beste und Spannendste, das je ge-
boten wurde. Erzählte überall wochenlang
ausverkaufte Häuser.
11239 Ferner:
Die Tänzerin von Dschipur.
Großes Schauspiel in 6 Akten mit
Fern Andra.
Lustspiel-Einlage!
Meister-Woche!
Beginn: Wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.
Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

St.-Gertrud-Schweinegilde.
GR. SILVESTERBALL
im Lokale Neulauerhof.
Anfang 6 Uhr. Ende ??
Hierzu ladet freundlich ein
(11234) Der Festauschuss.

Kulmbacher Bierhaus.
Silvesterfeier
Vornehmes (11202)
Künstler-Konzert

Konzerthaus Flora.
Sonnabend, 31. Dezember:
Gr. Silvesterball
Sonntag, 1. Januar: (11232)
Gr. Neujahrball

Sindenhof Israelsdorf
Sonnabend, den 31. Dezember:
Großer Silvester-Ball.
Anfang 7 Uhr. (11244) Ende ??
Telephon 1910. Victor Klempau.

Stadthallen-
Lichtspiele.
Vom 30. Dezember
bis 5. Januar:
Goliath
Armstrong
Der Herkules
der (11222)
schwarze Berge.
5. Teil: „Der
Tod im Nacken“
in 6 Akten.

Das begrabene Ich.
Ein Schauspiel
in 5 Akten.

Das Kind der Diva.
Schwanz
in 2 Akten.

Hansatheater.
Heute, (11207)
Freitag 7 1/2 Uhr:
Das
Milliardensouper.
Sonnabend 7 Uhr:
(Silvester)
Zum ersten Male:
Das Fräulein
vom Amt.
Sonntag, den 1. Januar
(Neujahr)
nachmittags 3 Uhr
zu ganz kleinen Preisen
(Mk. 1 bis 6)
Frau Holle.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Fräulein
vom Amt.

Stadttheater Lübeck
Freitag, 30. Dez., 8 U.
Mag und Moritz.
7.30 Uhr. Damburg.
19. Ab.-Vorst. Schnt. C
Sonnabend, 31. Dezbr.
3 U. Mag u. Moritz.
7 U. Die Fledermaus.
Schwanz
von Mitz von Canova
vom Gartnerplatz-
theater, München, als
Kollalinde. (11214)
Außer Abonnement.
Sonntag, 1. Jan., 8 Uhr:
Die blaue Magaz.
Gastspiel von Mitz von
Canova als Diana.
7.30 Uhr: Tieland.
Montag, 2. Januar:
11. Volkst. Konzert.
Voranzeige.
Donnerstag, 5. Januar:
Gastspiel Emil Janson
vom Stadttheater
Mainz Peer Gynt.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 30. Dezember.

Berechtigte Klagen.

Die sozialdemokratische Presse ist seit ihrer Geburt die Vertreterin der Bedrückten und Beschloßenen. Alle berechtigten Klagen der Armen fanden bei ihr ein offenes Ohr und Verbreitung gegenüber der Öffentlichkeit. Jeder Arbeiter, jeder Beamte und Angestellte weiß es, wenn ihn irgendeine Sache bedrückt, wenn der Arbeitgeber oder die Behörden Anlaß geben zu Klagen, daß der „Lübecker Volksbote“ zu einem Wort an die Öffentlichkeit gem keine Spalten offen hält; Mißstände, denen abgeholfen werden kann, geißelt.

Aber fragen wir: Du, der du klagst, der du verlangst, daß wir deine Sache vor der Öffentlichkeit vertreten sollen — bist du der „Lübecker Volksbote“?

Wie oft, gar viel zu oft ward uns die verlegene Antwort: Nein! Und dann folgen Ausflüchte und Nebensarten, die Entschuldigungen sein sollen und doch keine sind.

Diese Leute wissen ganz genau, daß die bürgerliche Presse niemals Raum geben wird für Klagen und Proteste gegen die bestehende Gesellschaftsordnung; niemals gegen einen Angehörigen ihrer Klasse ein Wort finden, ein scharfes und gerechtes Urteil fällen wird, wenn dieser Angehörige der bestehenden Klasse sich gegen das Volk, gegen den Staat auch noch so schwer vergangen hat. Nur die sozialdemokratische Presse war die Vertreterin, Anwalt der Armen und Unterdrückten, sie hat von jeher ohne Rücksicht auf Verfolgung und Anebelung der Betroffenen Recht vertreten; Mißstände geißelt und die Volksbeiräte und -bedrückten an den Branger gestellt.

Von uns verlangen so viele, wir sollen „gleich“, „schnell“, „sofort“ einen Artikel bringen. Und die Nachrichtenbringer freuen sich, wenn der „Volksbote“ einmal irgend jemandem und irgend welcher Behörde den „Stardpunkt klarmacht“. Sie empfinden nicht, wie wenig Selbstbewußtsein sie besitzen, daß sie nicht einmal den Verteidiger ihres Rechtes lesen, daß sie den Feinden des Rechts das Geld in den Hals werfen und dafür das Gift der bürgerlichen Zerkleinerungs- und Anechtungspolitik in sich aufnehmen. Wann wird dem Arbeiter, der die gegnerische Presse liest, die Bestimmung kommen, daß er selbst eine Zeitung hat, jene nicht braucht; daß die Arbeiterpresse keine Presse, unabhängig vom Kapital, ist, getragen vom Zusammengehörigkeitsgefühl und Klassenbewußtsein aller Arbeitenden, gestützt und unterhalten nur von ihm, sein Eigentum?!

Du, der du dies liest, gehörst du zu uns? Bist du ein freier Arbeiter und Mensch oder warst du bis heute Sklave der bürgerlichen Machthaber? Komm zu uns! Zu uns gehörst du, deine Wege und zum Nutzen der Zukunft deiner Kinder!

Die Valutanot der Hausbesitzer.

Aus Mieterkreisen wird dem „Hamburger Echo“ geschrieben: Die Grundbesitzer beabsichtigen die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen durchzuführen. Was bedeutet das?

Ein Haus, das vor dem Kriege 50 000 Mk. gekostet hat, soll z. B. nach dem jetzigen Geldwert auf 300 000 Mk. abgeschrieben werden. Es wurde nun früher angenommen, eine Grundstückszahl muß sich mit mindestens 8 Proz. verzinsen, davon sollen 5 Proz. für Verzinsung des Kapitals und 3 Proz. für Reparaturen gerechnet werden. Würden die Hausbesitzer mit ihrer Forderung

durchbringen, so hätte der Mieter im Durchschnitt das Sechsfache der Friedensmiete zu zahlen. Hat der Grundbesitzer Anspruch auf Einschätzung zum Valutawert? — Nein.

Nehmen wir an, jemand war vor dem Kriege im Besitze von 50 000 Mark. Er legte sein Geld in Staatspapieren oder Papiergeld an, so war die Reichsbank verpflichtet, auf Anfordern den Betrag in Gold auszugeben. Dieses auszuführen, ist die Reichsbank aber nicht mehr in der Lage. In andern Fällen kaufte er sich für die 50 000 Mk. ein Haus und will jetzt nach dem Valutawert 300 000 Mark dafür haben. Ist das gerechtfertigt? — Nein! Im ersten Falle sollte seine eingezahlten 50 000 Goldmark nur 50 000 Papiermark wert, im zweiten Falle verlangt der Grundbesitzer für seine 50 000 Goldmark 300 000 Papiermark. Das ist nicht nur Wucher, das ist Volksbetrug.

Noch schärfer tritt der Volksbetrug in die Erscheinung, wenn wir annehmen, der Hausbesitzer hat selbst 5000 Mk. eigenes Geld im Grundstück und 45 000 Mk. geliehenes Geld. Bei Abschätzung zum Valutawert würde der Hausbesitzer zu seinen Gläubigern doch nicht sagen: „Ihr habt mir 45 000 Mk. geliehen, ihr bekommt von mir das Sechsfache zurück.“ Nein, die 45 000 Mk. würde er nur in Papier zurückzahlen und seine im Grundstück stehenden 5000 Mk. hätten dann einen Zuwachs von 250 000 Mk.

Es ist ja selbstverständlich, daß das Anlagekapital mit 5 Proz. verzinst werden muß, genau so, wie wenn es in Staatspapieren angelegt wäre.

Die Unterhaltungskosten des Hauses (nicht Neubeschaffung — Kacheln usw.) müssen selbstverständlich durch prozentualen Mietzuschlag aufgebracht werden.

Jedoch die Mieter, die die Unterhaltungskosten aufbringen, müssen unabhängig das Kontrollrecht über die Verwendung der von ihnen ausgebrachten Gelder ausüben.

Man wird mir sagen, es sind doch einige da, die jetzt Häuser zu teurem Preise gekauft haben, die müssen sich doch verzinsen. Ja, wer eben über normalen Wert bezahlt hat, hat es nur getan, um zu spekulieren, und dafür soll er selbst das Risiko tragen, nicht aber die Allgemeinheit.

Städtische Wohlfahrtspolitik.

Eines der wichtigsten Gebiete in der gesamten Sozialpolitik betrifft den Anteil, den die deutschen Städte an den bestehenden Fürsorge- und Wohlfahrtsanstaltungen haben. Sind doch die Kommunen vielfach die eigentlichen Träger der Sozialpolitik, soweit es sich um den schließlichen Vollzug in der Praxis handelt.

Wie stark die Stadtfinanzen durch die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke beansprucht werden, geht aus einer Statistik hervor, die auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung umgerechnet die Durchschnittszahlen für eine Reihe deutscher Großstädte ergibt. Die Zahlen, die sich nach den Vorschlägen von 1921 ergeben, sind recht verschieden.

In Köln: treffen auf den Kopf der Bevölkerung Fürsorgeausgaben in Höhe von jährlich 202 Mk., in Leipzig 142 Mk., in Frankfurt a. M. 227 Mk., in Dresden 162 Mk., in Wien 90 Mk., in Düsseldorf 140 Mk., in Nürnberg 112 Mk., in Magdeburg 97 Mk., in Königsberg 59 Mk., in Stettin 94 Mk., in Kiel 76 Mk., in Halle 82 Mk., in Bamberg 133 Mk., in Elberfeld 133 Mk., in Karlsruhe 133 Mk., in Lübeck 154 Mk., in Mainz 144 Mk., in Hensburg 64 Mk., in Trier 105 Mk., in Guben 77 Mk.

Der größte Unterschied besteht zwischen Königsberg mit 59 Mark Fürsorgeausgaben und Frankfurt mit 227 Mk. Fürsorgeausgaben. Die Ursache dieser außerordentlichen Unterschiede liegt nicht nur in der Güte der Fürsorge und in den vorhandenen Einrichtungen, sondern richtet sich auch nach der Größe der Städte, der sozialen Schichtung der Bevölkerung, dem Vorhandensein privater Fürsorge und vor allem nach der Zahl der Erwerbslosen, die zweifellos von größtem Einfluß ist.

Die Aufgaben der Städte beruhen aber auch darin, daß sie neue Einrichtungen der privaten Fürsorge anregen und fördern. Wie notwendig das ist, zeigen die Verhältnisse in Lübeck ebenso wie an vielen anderen Orten. Tausendfach hat ja auch der Verein Zentrale für private Fürsorge in Lübeck seinen Aufgabenzirkel beträchtlich erweitert.

In der Hauptsache liegt diese Tätigkeit heute noch in bürgerlichen Händen und es wird dadurch der Mühsin erweckt, als ob es der Arbeiterschaft auf diesem Gebiete an Solidaritätsgefühl mangelte. Ein hiesiges bürgerliches Blatt glaubte kürzlich der Sozialdemokratie besondere Belästigungen in dieser Frage erteilen zu sollen. Das ist ganz überflüssig. An tatkräftiger Hilfe hat es die organisierte Arbeiterschaft nie fehlen lassen.

Wie wenige aus der alten bürgerlichen Gesellschaft haben eine rechte Vorstellung von dem Solidaritätsgefühl, von dem dem Gemeinheitsgefühl, der in dem deutschen Arbeiter steht. Hat nicht die Arbeiterschaft sich in den Gewerkschaften großartige private Hilfsorganisationen geschaffen? Haben nicht die Konsumvereine der Arbeiter der genossenschaftlichen Gemeinschaftsidee eine weite Verbreitung gegeben? Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Basis, das ist der Gesichtspunkt, unter dem eine neue private Fürsorge, die dann nicht mehr Fürsorge heißen wird, entstehen muß und entstehen wird. In einigen Orten sind bereits Anlässe hierzu vorhanden. In Frankfurt hat eine Vereinigung von Sozialversicherungsrentnern einen Arbeitsbetrieb für Stempelanfertigung, Schuhcreme- und Bürstenherstellung und anderes gegründet, um den Rest der Arbeitskraft ihrer Mitglieder noch nutzbar zu machen. Einen ähnlichen Versuch hat der sogenannte Werkbund übernommen, ein Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten, der von den Gewerkschaftsbildneren Verle und Förster gegründet worden ist und von dem Gedanken ausgeht, selbst einhändig und tatkräftig mitzuwirken an der Überwindung ihrer Not und in dem Glauben, daß die Schar der Fürsorgebedürftigen abnehmen würde, wenn die Selbsthilfe ausgebaut und die Zahl derer vermehrt würde, die trotz körperlicher Gebrechen arbeitsfähige Menschen sind. Er wendet sich vor allem an die geistig Regeren unter den Krüppeln. Von machender Bedeutung ist auch der Arbeiterkameraderbund, die aus den Reihen der Arbeiterschaft gegründete Parallelorganisation zur Freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuzes. Er hat starken Zuzug; in seinen Reihen werden viele Tausende für Samariterdienst ausgebildet.

Sigung des Seeamtes.

Am Donnerstag hatte das Seeamt über sechs Schiffsunfälle zu verhandeln. Es handelte sich vornehmlich um Strandungen kleiner Segler, wobei leider auch einige Menschenleben zu beklagen sind. Zunächst wurde über die Strandung des Seglers „Anna“ verhandelt. Das Schiff hatte am 23. Oktober 1921 Lübeck mit einer Ladung Salz verlassen. Es legte in Sahnitz an und verließ diesen Hafen am 4. November. Unterwegs trat heftiges Sturmwetter auf; das Fahrzeug sprang lech und lief voll Wasser. Am 7. November erfolgte dann bei Deland die Strandung. Die Mannschaft konnte gerettet werden. Der Reichskommissar führte den Unfall auf das schlechte Wetter zurück. Die Mannschaft habe alles getan, was zur Rettung möglich war. Die getroffenen Maßnahmen waren richtig. Der Spruch des Seeamtes besaß sich mit der Auffassung des Reichskommissars. — Der deutsche Segler „Aurora“, Kapitän Stoll, war mit einer Ladung Holz von Finnland nach Hamburg unterwegs. Das Schiff ist am 24. Oktober 1921 in schwerem Sturmwetter und starkem Schneetreiben bei Grundfallen gestrandet. Große Wassermengen wurden über das Schiff geschleudert und das Steuerrohr ging in Trümmer. Von der Besatzung ist glücklicherweise niemand ums Leben gekommen. Der Reichskommissar führte auch diesen Unfall auf das schwere Wetter zurück. Der Segler sei durch die Kaderbeschädigung völlig seeuntüchtig geworden und war nicht zu retten. Die zur Rettung getroffenen Maßnahmen waren richtig. Das Seeamt stellte in seinem Urteilspruch das gleiche fest. — Das 1887 erbaute Segelschiff „Anna“, Kapitän Strang, ist am 12. Oktober 1921 auf hoher See leck gesprungen und gesunken. Es war mit Steinen beladen von Götterburg nach der Insel Seeland unterwegs. Die in Betrieb gesetzten Pumpen konnten die eindringenden Wassermengen nicht bewältigen. Die Besatzung schwamm sich, als das Wasser bereits über Deck ging, in ein Boot und rettete sich. Der Reichskommissar glaubte, daß die schwere Steinladung das alte Schiff sehr mitgenommen habe. Der Untergang sei durch das Leckspringen erfolgt. Der Spruch des Seeamtes besagt: Der Segler ist leck gesprungen und gesunken. Ein Verschulden der Besatzung an dem Untergange ist nicht festgestellt. — Ein Drama

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Eines Morgens, am Tage nach Pavels letztem Klosterbesuch — die Baronin sah bei ihrer Arbeit in der Mitte eines Kanapees, das bequemer noch einem halben Duzend Personen von ihrem Umfang Platz geboten hätte, hinter einem ebenso langen, schwerfälligen Tisch — öffnete sich die Tür des Zimmers, und Matthias trat ein und meldete:
„Der Holub ist schon wieder draußen.“
„Schon wieder? — meines Wissens kommt er ja nie,“ sagte die Schloßfrau, und Matthias erwiderte:
„Ja — aber so halt.“
„Im hm, was will er?“
„Sprechen möcht er.“
„Mit wem?“
„Mit freiherrlichen Gnaden.“
„Soll kommen,“ befahl die Baronin, und bald darauf knarzen Pavels schwere Stiefel auf den Parketten.
Er wollte auf die Baronin zugehen und ihr die Hand küssen, wie es sich geschick hätte, aber der Tisch verwehrrte den Zugang zum Kanapee, und den wegzuschieben, hätte sich wieder nicht gelohnt. So geriet Pavel in einen peinlichen Konflikt der Pflichten, ließ in seiner Verlegenheit den Hut fallen und wagte nicht, ihn aufzuheben.
Die Baronin winkte ihm, näher zu treten, stand auf, beugte sich über den Tisch und suchte sich, so gut ihre Schwachheit es erlaubte, durch den Augenchein davon zu überzeugen, daß wirklich Pavel Holub vor ihr stand. Dann setzte sie sich wieder und fragte, was ihn herführe.
Er indes hatte abwechselnd sie und die Strickarbeiten angesehen, die vor ihr lagen und neue und farbenreiche Ebenbilder der Ködlein und Jaden waren, in denen alle armen Dorfkinder herumliefen. Angeheimelt durch den Anblick und gerührt durch den Fleiß der alten, gebrechlichen Frau, sagte er sich einmal ein Herz und kam mit seinem Anliegen heraus. Es bestand in der Bitte, die Frau Baronin möge sich gnädigst dafür verwenden, daß man seiner Schwester Milada den Dienst im Kloster erleichtere, sonst könne sie es nicht aushalten und müsse sterben.
„Sterben? Milada sterben?“ Die Greisin lachte, war entsetzt, befahl dem impertinenten Dummkopf, der so etwas zu denken wage, dem rohen und grausamen Schlingel, der ein solches Wort über seine Lippen bringe, das Zimmer zu verlassen, rief den Bestürzten, als er gehorchen wollte, wieder zurück und forderte ihn auf, ihr zu erklären, wie er ins Kloster und dazu gekommen sei, Milada zu sprechen. „Aber läß nicht wie ein Zigeuner, der du bist,“ setzte sie festig hinzu.
Pavel erstattete seinen Bericht in äußerster Kürze, jedoch mit einem Gepräge der Wahrhaftigkeit, das wohl den verhärtetsten Zweifler überzeugen hätte.

Die Baronin senkte den Kopf immer tiefer auf ihre Strickerei, sie bereute schon ihre Ausfälle gegen Pavel, besonders den letzten. Warum hatte sie ihn einen Zigeuner genannt? Warum ihn damit an das elende Wanderleben, das er in seiner Kindheit führen mußte, und zuletzt an Vater und Mutter erinnert und ihm sein Unglück zum Vorwurf gemacht? — Pfui, daß sie sich so weit von ihrem Zerber über den Buchen hatte hinreißeln lassen, weil er eine unbegründete Besorgnis um seine Schwester geäußert. Nach allem, was die Baronin in der letzten Zeit von ihm gehört hatte, verdiente er eher Lob als Tadel. Hatte Anton, einer ihrer Vertrauensmänner, nicht gesagt: „War Nichtsaus Holub, aber jetzt macht sich.“ Hatte der Förster ihn nicht ganz außerordentlich gerühmt? Hatte nicht sogar der ihn durchaus nicht wohlgeleitete Pfarrer, auf ihre Erkundigung nach ihm erwidert: „Es liegt nichts gegen ihn vor“ — und sie beschimpfte ihn! ... Sie, die am Rande des Grabes stand, die bald nicht mehr vermögen würde, einem Menschen wohlzutun, tat noch einem unheimlich Hartgeprüften weh!
„Holub,“ sprach sie plötzlich, „deiner Schwester fehlt nichts. Trotzdem will ich zu deiner Beurlaubung und auch ein wenig zu der meinigen morgen ins Kloster fahren. Denn — einen unangenehmen Eindruck machen mir deine eingebildeten Befürchtungen doch, und ich möchte ihn bald los werden.“
Pavels Gesicht strahlte vor Freude. „Wenn die Frau Baronin,“ sagte er, „sich doch selbst vom Aussehen Miladas überzeugen und bestimmen wollte, daß besser acht auf sie gegeben würde! Wenn die Frau Baronin ihr verbieten ließe, sich weit über ihre Kräfte anzustrengen, wie sie es tut, weil sie sich vorgenommen hat, gar zu schwere Sünder loszubeten — das wäre eine große Wohlthat, und der liebe Herrgott würde es der Frau Baronin tausendfach vergelten.“
Sie lächelte und meinte: „Da hätte der liebe Herrgott viel zu tun, wenn er alle die Wünsche einlösen sollte, die von unbefugten Schmeißlern auf ihn angestellt werden.“
„Freilich, freilich,“ erwiderte Pavel gedankenlos, hob seinen Hut vom Boden auf, sah sich im Zimmer um und erkannte es als dasselbe, indem er nach dem Federstuhl an dem bösen Pfau seine erste Audienz im Schlosse gehabt hatte. Unwillkürlich warf er einen Blick nach der dünnen Schür an der Decke und sah, daß sie noch immer fest hielt, und daß der vergoldete Küssel bis zur Stunde nicht herabgefallen war. Jede Einzelheit des damaligen Vorganges tauchte vor ihm auf. Er erinnerte sich besonders deutlich der großen Abneigung, die ihm die Frau Baronin eingefloßt hatte und die in solchem Gegenlag zu der Hochachtung stand, von der er sich jetzt für sie durchdrängen sollte.
Was hatte sich denn verändert? ... Sie nicht, sie war dieselbe geblieben, in seinen Augen nicht einmal älter geworden, eine Greisin damals, eine Greisin jetzt. Er war ein anderer, ein reicherer Mensch, nicht mehr der stumpfe, für den es nichts Verehrungswürdiges gibt, weil ihm der Sinn, es zu erkennen, fehlt. Er empfand das mit ziemlicher Klarheit und hätte es gern an den Tag gelegt, hätte sich aber auch gern empfohlen, nachdem sein Gefühl beendete, kein Gehör angebracht und auf das Beste auf-

genommen worden war. Ohne Ahnung, daß es ihm zukomme, zu warten, bis er entlassen werde, sprach er:
„Ich will Euer Gnaden nicht länger belästigen, ich sag der Frau Baronin tausendmal, vergelt's Gott, und wenn Sie sterben, werde ich für Sie beten.“
„So? So?“, sie richtete sich empor. „Wirst du das wirklich tun, und andächtig?“
„Sehr andächtig.“
„Pavel Holub,“ sprach die Baronin in freundlichem Tone, „es freut mich, daß du für mich beten willst. — Und jetzt sag mir: mein Feld, das, an dessen Rand deine Hüfte steht, hast du es dir wohl recht aufmerksam angesehen? — Wie groß ist's?“
„Es wird so keine fünfzehn Wehen haben, nicht ganz drei Hektare,“ erwiderte Pavel ohne Zögern.
„Ein schlechtes Feld, was?“
„Ja, die Felder dort oben sind alle schlecht. Wenn ich der Verwalter wär, würd ich dort oben nie Weizen bauen.“
„Sondern?“
„Hafer oder Korn, und Kirschbäume würd ich legen, viele.“
„So leg Kirschbäume,“ sagte die Baronin ernst und rasch, „das Feld ist dein.“
„Mein — was ist mein?“
„Nun, das Feld, ich schenk es dir.“
„Am Gotteswillen — mir — das Feld.“ Ihm war, als ob alles ins Ranken geriete, der Boden unter seinen Füßen, die Wände, das Kanapee und auf dem Kanapee die Frau Baronin. Er streckte die Arme aus und griff nach einem Stützpunkt in die Luft. „Das große, das schöne, das gute Feld.“
„Hast du nicht eben behauptet, daß es ein schlechtes Feld ist?“
„Für Sie, aber nicht für mich, für mich ist es ein gutes, zu gutes.“ Am Gotteswillen,“ wiederholte er, „schenken Sie es mir im Ernst, das Feld?“
Die Baronin blinzelte. „Es tut mir leid, Holub, daß ich das Feld, daß du jetzt machst, nicht recht deutlich sehen kann. Das sind Wunden, mein lieber Holub,“ fügte sie leicht aufsteigend hinzu, „verdriß dem Menschen manche Freude. — Geh jetzt und schick mir den Verwalter. Ich will gleich Anordnungen treffen, daß die Schenkung rechtskräftig gemacht werde.“
„Rechtskräftig ... Euer Gnaden ... sogar rechtskräftig.“ Pavel konnte sich nicht mehr, sein Entzünden überwand seine Schüchternheit, er rückte auf den Tisch zu, schob ihn zur Seite, ergriff die Hände der Gutsfrau und küßte sie, und als sie ihm mit aller Kraft, die sie aufzubringen vermochte, die Hände entzog, küßte er den Saum ihres Kleides und ihre Nerven und ihr Umhängeluch und schloß und jauchzte und konnte nicht sprechen.
Ihr wurde, so müdig sie war, ein wenig bang vor diesem entsetzten Sturm. Sie zankte Pavel tüchtig aus und erklärte ihm, alles müsse ein Ende haben, auch Dankbarkeitsbezeugungen, und wenn er den Verwalter nicht augenblicklich holen gehe, sei es mit der Schenkung nichts.

Auf hoher See ist der Untergang des Seglers „Salama“. Das Schiff, welches der hiesigen Wiking-Reederei gehörte, fuhr Ende September d. J. mit Brethern von Schweden nach Dänemark. Es wurde von einem heftigen Sturm überfallen und ist diesem am 2. Oktober zum Opfer gefallen. Von den fünf Personen der Besatzung sind leider drei umgekommen. Als das Fahrzeug ledigsprungen war und ein Teil der Deckladung in die See geworfen wurde, ist der Schiffsjunge Bohnsad aus Rostock dabei über Bord gesprungen und ertrunken. Der Kapitän S. Heim war in die Kajüte gegangen, um sich trockene Kleider anzuziehen. Das Schiff neigte sich aber völlig auf die Seite. Die Tür der Kajüte war nicht zu öffnen und der Kapitän ertrank. Nach einiger Zeit richtete sich das Fahrzeug wieder auf. Die noch lebenden drei Mann der Besatzung, die über Bord gesprungen waren, schwammen zu dem Fahrzeug zurück und retteten sich. Sie mußten mehrere Tage auf Hilfe warten. Zwei finnische Dampfer fuhren vorüber ohne Hilfe zu bringen. Ob die Schiffbrüchigen trotz ihrer Notsignale nicht gesehen worden sind, konnte nicht festgestellt werden, da die Dampfer nicht zu erkennen waren. Der Schiffsjunge P. Rehm wurde irr sinnig und farb. Am dritten Tage nach dem Unfall wurden die beiden völlig erschöpften Überlebenden von einem Rendsburger Dampfer trotz schwerer See gerettet und nach Finnland gebracht, wo sie sich dann erholten. Der Reichskommissar lobte die Rettung, die mit Lebensgefahr verbunden war, durch die Rettung des Rendsburger Dampfers. Der Untergang des Seglers „Salama“ sei durch den Sturm verschuldet. In dem Urteilspruch des Seeamtes wird der Untergang auf das Deckspringen des Schiffes zurückgeführt und für die Rettung der beiden Schiffbrüchigen der Besatzung des Rendsburger Dampfers Anerkennung gezollt. — Der Segler „Syrus“, welcher ebenfalls der Wiking-Reederei gehört, ist am 2. November 1921 an der Westküste Finnlands getrandet und gänzlich verloren gegangen. Es war mit Holz beladen von Rostock abgefahren. Als schwerer Sturm und hartes Schneetreiben bald nach der Abfahrt eintrat, verfuhrte der Kapitän die in den Ausgangshafen wieder zu erreichen. Das glückte nicht. Das Schiff wurde schließlich im Sturm auf einen Felsen geworfen. Der Steuermann Weulen wurde mit dem Mast, an dem er sich festgemacht hatte, vom Wind in die See geworfen und ist leider ertrunken. Die übrigen Mannschaften konnten sich retten. Der Reichskommissar hielt ein Verhör über den Unfall des Seglers „Syrus“ ab. Die Verhandlungen über den Unfall des Seglers „Syrus“ wurde ausgelegt, da der Kapitän dieses Seglers als Zeuge geladen werden soll.

Die Versammlung des Mieterschutzvereins

Am Donnerstag war überaus zahlreich besucht. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Hausbesitzer nicht nur in Lübeck, sondern in ganz Deutschland den Mietern und den Verwaltungsbehörden einen schweren Kampf angelegt haben. In manchen Orten finden die Hausbesitzer weitgehende Unterstützung der Verwaltungsbehörden und Einigungsämter. Durch ein solches Verhalten werden die Bestimmungen zum Schutz der Mieter untergraben. Die Gesetzesbestimmungen reichen vollständig aus, um den vorhandenen Wohnraum zu schützen und zu erhalten. Es kommt nur darauf an, wie die gesetzlichen Bestimmungen gehandhabt werden. Die Mieter müssen alles tun, um den letzten Mieter der Organisation zuzuführen. Die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen muß jetzt durch Gesetzgebung und praktische Mitarbeit der Mieter durchgeführt werden. Die Mieterschutzvereine werden der natürliche Träger der Gemeinwirtschaft, sowohl für die alten, wie auch für die neuerrichteten Wohnhäuser sein. Gemeinnützige Hausvereine und Bauvereinigungen haben jetzt alles zu unternehmen, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Die Bezirksversammlungen des Mieterschutzvereins werden in den nächsten Wochen stattfinden. In diesen Versammlungen haben die Mieter diejenigen Personen aus den Mieterkreisen an die Spitze zu wählen, denen die Hauptarbeit zur Förderung der Gemeinwirtschaft zufällt.

Der Sekretär des Vereins, Herr Mauermann, berichtete eingehend über die Verhandlungen, die bisher stattgefunden haben, um die richtige Form für den Entwurf zu einem Mietvertrag zu finden. Die Versammlung konnte sich nicht entschließen, die vorliegende Fassung des Mietvertrages zu genehmigen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß von der Leitung des Einigungsamtes die Gemeinwirtschaften zur Mitarbeit an der Gestaltung des Mietvertrages herangezogen werden.

Die Versammlung beschloß, einige Verbesserungen am Mietvertrage vorzunehmen und dies Material der ausarbeitenden Kommission zu überreichen.

Eine letzte Aussprache setzte sich ein über die Zumutung der Hausbesitzer, wonach die Mieter sich verpflichten sollen, vom

Das brachte ihn zu sich. In der nächsten Minute war er draußen im Hofe. Vor dem Tor stand die blonde Slava, das Hausmädchen schändlichen Angebens. Sie diente im Schlosse seit ihrer Heirat und war jetzt damit beschäftigt, jede Turteltauben zu füttern, die sich nicht einfallen ließen, dem heranströmenden Pöbel auszuweichen; er mußte sich in acht nehmen, nicht eine von ihnen zu zerquetschen. Slava rief ihm einen guten Morgen zu, und er, ganz vergessend, daß es keine schlimme Feindin war, die zu ihm sprach, erwiderte:

„Ich hab ein Feld, die Frau Baronin hat mir ein Feld gegeben.“

Die Feindin wurde rot bis unter die Haarpinzeln. „Das ist aber schön“, sagte sie, „das freut mich.“

Jetzt erst begann er sich, mit wem er redete, und eilte ohne Gruß hinweg.

So ganz Anderes und Wichtiges ihm auch erfüllte, nebenbei mußte er doch daran denken, wie gut das Werden ihr gestanden hatte, wozu ein hübschliches Mädchen sie war, und daß es nicht recht sei, vom lieben Herrgott, einer so schönen Seele Wohnung anzudecken in einer so hohen Stille. Jeder Unbefangene mußte dadurch irreführt werden. Zum Glück war Pavel kein Unbefangener, ihn vermochte der Schein nicht zu täuschen. Er kannte diese Slava, und ob ihre Lippen sich im Sprechen bewegten, ob sie von heftigster Sanftmut umschwebt auseinander rührten, er konnte sie nicht ansehen, ohne der Stille zu gedenken, in der sie sich geschnitten hatten, und ihm dem Hofe und Spott preisgegeben mit der grausamen Frage: „Wahst zum Vater oder zur Mutter?“ ... Bericht allen — heiten Wilada und Heirat gelehrt, und er, wohlisch, er wollte es tun; aber der gewohnt wird, zu verzeihen, wird er nicht auch zugleich an das gemahnt, was er zu verzeihen hat?

Die Erinnerung bildete die unüberbrückbare Kluft zwischen ihm und jener, mit denen Frieden zu schließen keine liebsten Menschen ihn behörten.

Die Frau Baronin hielt ein Wort; die Schenkung wurde rechtlich gemacht. Pavel war ein Grundbesitzer geworden. Das ererbte Glück, das ihm vom Himmel gefallen, trug allerdings nichts bei zur Vermeidung seiner Unbestimmtheit. Niemand gönnte es ihm; sogar Arnost hatte, als ihm Pavel die große Nachricht gebracht, den Mund verzogen und gesagt: „Wie kommst du dazu?“ Auch der Förster und Anton äußerten im ersten Momente mehr Überzeugung als Teilnahme. Was den Bewahrer betraf, so sprach er der Frau Baronin gegenüber unerschrocken aus, wie er sich von ihrer Großmut leider hinterlassen lassen. Das Gefühl sei ein so schmerzliches und müsse in der Dorfbewohnerin kein Leid gegen den Empfänger ertragen und Wagnis gegen die Spenderin.

Die Frau Baronin begnügte sich damit, diese Versicherung der Unparteilichkeit ihres eignen Wardenbürgers zur Kenntnis zu bringen, als jedoch der Herr Förster dasselbe Lied anstimmte.

1. April die im Reichsmietengesetz vorgesehene Miete zu zahlen. Wenn das Reichsmietengesetz am 1. April noch nicht in Kraft treten sollte, so sollen sich die Mieter verpflichten, vom 1. April ab einen höheren Mietzins zu zahlen.

Die Verammlung beschloß einstimmig, kein derartiges bindendes Schriftstück der Hausbesitzer zu unterschreiben und forderte auf, bereits geleistete Unterschriften zurückzugeben. Die Mieter können nach dem Verhalten der Hausbesitzerorganisationen gar keine ungewissen Verpflichtungen für die Zukunft einzahlen. Die Hausbesitzer wollen dem Staate die Steuern verweigern. Sie haben den Mietern den schärfsten Kampf angelegt, nicht um die letzten Wohnungen zu erhalten, oder um neuen Wohnraum zu schaffen, sondern einzig zu dem Zwecke, ihren privaten Geldbeutel durch die Wohnungsnot zu füllen. Darum verlangen die Mieter, ehe sie weitere Verpflichtungen für höhere Mietzins eingehen, daß das Mitbestimmungsrecht der Mieter über die Einziehung, Verwaltung und Verwendung der einziehenden Gelder unter allen Umständen gewahrt wird. Zahlreiche Neuauflagen hat der Verein in den letzten Tagen zu verzeichnen.

Der Sozialdemokratische Verein veranstaltet auch in diesem Jahr eine Silvesterfeier im Gewerkschaftshaus. Am letzten Tag des Jahres treffen sich nach altem Brauche so manche Genossen im Arbeiterheim, um mit Gleichgesinnten einige frohe Stunden zu verleihen. So wird es auch in diesem Jahre sein. Für flotte Ballmusik ist gesorgt. Da der Eintrittspreis so niedrig wie möglich bemessen ist, wird es am morgigen Sonnabend an zahlreichem Besuch gewiß nicht fehlen.

Die Verbesserung des Betriebes auf der Marktbahn fordert ein Senatsantrag an die Bürgerschaft. Begründet wird ausgeführt, die im Jahre 1914 vorgenommene Verlängerung der Ausweiche habe zwar einen Teil der Mängel beseitigt. Sie genüge auch für die Anforderungen in verkehrsreichen Stunden, die Erfahrungen in den letzten Jahren haben indes gelehrt, daß bei Einleken des stärkeren Lastverkehrs die Wagenführer nicht in der Lage seien, die Fahrzeiten zwischen den einzelnen Kreuzungspunkten zu einrichten, daß ein längeres Warten der Wagen in der einen oder anderen Ausweiche vermieden werde. Ein fahrplanmäßiger Verkehr auf der Linie 3 lasse sich nur dann durchführen, wenn die Strecke von der Sültertorbrücke bis zur Erdstelle Markt durchweg zweigleisig ausgebaut werde. Diese Weiterentwicklung erfordere nach den gegenwärtigen Löhnen und Materialpreisen einen Kostenaufwand von rund 750 000 Mark. Das Anlagekapital würde ohne weiteres keine Verzinsung und Tilgung finden durch die Erparnis von jährlich 100 000 Mark, die eintreten werde, wenn der Fahrplan zur Durchführung komme, der zu dem geplanten zweigleisigen Ausbau ausgerechnet sei; dieser Fahrplan würde nämlich beim zehn-Minuten-Verkehr den Bedarf eines Motors und eines Inhabers von vier bis fünf Personen. Weiter sollen die 13 Motorwagen der Straßenbahnlinie 3 mit einer doppelseitigen Sandstreueinrichtung ausgestattet werden. Kostenpunkt rund 50 000 Mk.

Der Tarif in der Hochschifferei. Uns wird mitgeteilt: Der zum 31. Dezember 1921 aklündigte Tarif für die Besatzungen der Hochschifferei läuft nach dem Beschluß von Verhandlungen der zwischen dem Wirtschaftlichen Verband der Hochschifferei, dem deutschen Transport-Arbeiter-Verband, dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und dem Verein deutscher Kapitane und Steuerleute stattgefunden haben, weiter. Neben eine Verbesserung soll in einer neuen Verhandlung beschlossen werden, die Mitte Januar 1922 stattzufinden hat.

Militärrenten. Die Alt-Rentner, d. h. diejenigen, welche bereits eine Militärrente vor Ausbruch des Weltkrieges, also vor 1914, erlangt haben (nicht etwa nur die, welche aus Anlaß des Krieges 1870/71 eine solche erhalten), sollen nach dem Alt-Rentnergesetz dieselbe Rente erhalten, wie die Kriegsbeschädigten aus dem Jahre 1914/18. Die Vorkämpfer für die Umanerkennung ihrer Rente sind bereits von den Versorgungsämtern aufgenommen. Da dem Alt-Rentnergesetz eine rückwirkende Kraft ab 1. Januar 1921 beigemessen ist, werden die Alt-Rentner größtenteils eine erhebliche Nachzahlung erhalten. Auf diese Nachzahlung können sie schon jetzt beim Verlorungssamt in der Alten Kaserne Vorstufung erhalten und sind diesbezügliche Anträge dort zu stellen. Außerdem steht diesen Alt-Rentnern, sofern sie mindestens 50 % Rente erhalten oder zu den Pensionistenklassen 1-3 gehören, ab 1. August 1921 eine Teuerungszulage zu, der ihnen bei der amtlichen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Unterturm 104, Zimmer 13, ausgestellt wird. Da von etwa 200 in Frage kommenden Alt-Rentnern sich bisher nur 10 zur Entgegennahme der Teuerungszulage im Geschäftszimmer der amtlichen Hauptfür-

sorgestelle gemeldet haben, werden die übrigen nochmals auf diese Teuerungszulage hingewiesen und aufgefordert, sich zwecks Prüfung ihrer Ansprüche in dem oben genannten Geschäftszimmer einzufinden. Die Alt-Rentner der Pensionistenklassen 4 und 5 haben einen Anspruch auf diesen Teuerungszulage nicht.

Geheuchelte Enttäuschung. Das deutsch-nationale Amtsblatt entwirft sich am Donnerstag aberd darüber, daß es in Deutschland von Ausländern wimmelte, die Tausenden von deutschen Flüchtlingen die Wohnungen wegnahmen. Natürlich wird dabei die deutsche Reichsregierung gebührend angerempelt. Daß unter den hier eingewanderten Ausländern sich viele Schieber und Kriegshörer befinden, die wir dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst, ist gewiß. Diese Verbrecher an der Menschheit sind aber im deutsch-nationalen Sinne „mohlgelittene gute Elemente“ und wahrlich keine Revolutionäre. Sonst wäre es doch wohl nicht möglich gewesen, daß vor einiger Zeit das gleiche läbliche Amtsblatt, das sich heute über die vielen Ausländer in Deutschland beklagt, laut darüber lamentierte, daß man einem bekannten russischen Kriegshörer und General, der sich bei Berlin in einer großen Villa niedergelassen hat, einige Zimmer nahm, um darin für Deutsche eine Wohnung herzurichten! Man kann daraus entnehmen, daß die deutsch-nationale Heuchelei sich auf jedem Gebiet betätigt.

Muß ein Porträt ähnlich sein? Eine für Publikum wie Künstler praktisch gleich wichtige Entscheidung hat das Oberlandesgericht Hamburg gefällt. Der Beklagte hatte sich gemweigert, ein Bildnis seines fünfjährigen Sohnes, das bei dem Kläger bestellt und vor ihm gemalt worden war, abzugeben, auch die Zahlung abgelehnt, weil es nicht den Anforderungen entspräche, die vom künstlerischen Standpunkt an ein solches Bild zu stellen seien, insbesondere, weil es nicht ähnlich sei. Das Gericht hat sich nun über die Frage der Ähnlichkeit eines gemalten Bildnisses dahin ausgesprochen, daß es nicht anders möglich sei, als dem mit der Herstellung eines gemalten Bildnisses beauftragten Künstler zu überlassen, den Darzustellenden so wiederzugeben, wie er ihn sieht und wie er mit seinen Kunstmitteln, nach seiner Auffassung und mit gerade ihm zu Gebote stehenden Fähigkeiten und nach seiner Kunsttätigkeit ihn darzustellen in der Lage sei; es sei das Sache des dem Künstler geschenkten Vertrauens, von dessen Art und Weise zu malen man sich vor der Bestellung überzeugen müsse. Ein solches Bildnis könne nicht abgelehnt werden, weil es dem Besteller nicht gefalle, und weil er es nicht genügend ähnlich finde. Zum Schluß heißt es in diesem Urteil wörtlich, wie folgt: „Es ist gerichtsbestimmt, daß die Bildnisse anerkannter und berühmter Maler von weiten Kreisen, ganz besonders aber von den nächsten Angehörigen der Darzustellenden, unähnlich gefunden und mißfällig beurteilt werden. An dem hohen Kunstwert solcher Bildnisse ist trotzdem nicht zu zweifeln, wie sie auch in den Kreisen der Kenner voll anerkannt werden.“

Erweiterung der Siedlungen in Karlshof und an der Gärtnergasse. Die Grundstücke für Siedlungen bei Karlshof und an der Gärtnergasse sind veräußert. Da eine starke Nachfrage nach Siedlungsgrundstücken in den genannten Gebieten weiter besteht, hat die Baubehörde vorgeschlagen, eine Erweiterung dieser Siedlungen nach den Plänen des Baudirektors Balzer vom 27. November 1921 vorzunehmen. Es werden dadurch in der Siedlung Karlshof weitere 12, in der Siedlung an der Gärtnergasse weitere 23 Grundstücke gewonnen. Die Abgabe der Grundstücke soll unter den bisher für den Verkauf von Siedlungsparzellen üblich gemessenen Bedingungen erfolgen. Für die Erweiterung der Siedlung Karlshof entstehen neue Aufschließungskosten nicht, da die Grundstücke an Straßen liegen, für deren Ausbau schon früher die Mittel bereitgestellt sind. Für die Erweiterung der Siedlung an der Gärtnergasse wird die Fortleitung des Abwassers der Gärtnergasse und des Verchenweines erforderlich. Die Aufschließungskosten hierfür betragen nach dem gleichfalls antiependen Kostentabelle des Baurats Studemund vom 27. November 1921 47 000 Mark. Einem gemeinsamen Antrage der Baubehörde und der Finanzbehörde folgend, stellt der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft einen entsprechenden Antrag.

Von der Schiffsahrt. Die oberelbische Schiffsahrt in vollem Betriebe. Nach Meldung der Schiffsahrt-Gesellschaften sind die oberelbische Schiffsahrt und die Kanalfahrten im vollen Umfange wieder aufgenommen worden. Das Eis auf der Elbe ist durch das anhaltende warme Wetter seit einigen Tagen verschwunden. Die wehlichen Winde haben den Wasserstand bedeutend gehoben, so daß die oberelbischen Schiffe jetzt wieder mit vollen Ladungen elbauf und abwärts fahren können. Durch die Wiedereröffnung der Kanalfahrten sind auch die Eisenbahnen bedeutend entlastet, besonders in Hinsicht auf die Beförderung von Rohmaterialien. — Auf der Ukreise gestrandet. Der deutsche Schoner „Heinrich“, der in Ballast von Hamburg nach Aufabing abging ist in den letzten schweren Stürmen auf der Ostsee an den Vester Klippen bei Fallter gestrandet. Das Schiff liegt

und vor esien, aber gar zu spontanen Entschlüssen der Frau Baronin sprach, entgegnete sie: Die Schenkung an Pavel Holub sei die Frucht eines von ihr ausnahmsweise langgehegten Entschlusses und durchaus keine zu großmütige, sondern die genau entsprechende Spende für einen braven, vom Schicksal bisher vernachlässigten Barcken, der überdies der Bruder der mutmaßlich zukünftigen Oberin eines Klosters sei.

Hierauf schmitz der geistliche Herr.

Aus dem Kloster war die Frau Baronin nach mehrtägigem Aufenthalt ganz veronügt zurückgekehrt, hatte Pavel rufen lassen, ihn zahllose Grüße von seiner Schwester gebracht, ihn wegen seiner Sorgen um sie beruhigt und mit unendlicher Liebe und mit unendlichem Stolz von ihr erzählt. Die alte Frau wurde förmlich köstlich in der Begeisterung über das „Kind“. Der Alltägige beschloß hatte ihr, der alten müden Pflaerin, das Kind gesandt, damit es ihr die letzten Lebensjahre erhelle und ihr die Pforten seines Himmels öffne.

„Nache dich einer solchen Schwester würdig.“ Schürfte sie Pavel ein, und er sagte die besten Worte, nach diesem Ziel, das ihm das denkbar höchste erschien, zu streben, konnte aber den geheimen Zweifel, ob er auch jemals imstande sein werde, es zu erreichen, nicht los werden. Doch kämpfte er rechtlich und wünschlich heiß, daß die Frau Baronin und daß seine Schwester nur noch Gütes von ihm zu hören bezämen. Eine große Kennlichkeit um seinen Ruf begann sich seiner zu bemächtigen. Die Gehnlichkeit, gelobt zu werden, die Freunde an der Anerkennung erwachte in ihm, und er ahnte nicht, daß sie ihn so köhacht machte, wie einst sein Trost gegen die Menschen und seine herausfordernde Gleichgültigkeit gegen ihr Urteil ihn stark gemacht hatten.

„Wer kann mir was nachsagen?“ wurde seine stehende Redensart. Ein schweles Bild, ein rauhes Wort vermachten den Feind gegen die ruhigen Neupfernen der Mikant Gesellen zu beleidigen; der Reich den sein Bestimm ertrug, und der ihm in früheren Tagen die Freude davon gewürzt hätte, verdarb sie ihm jetzt. Sein Reich wurde zum Käufer seiner Ruhe und seines Schlafes, seine geliebte Qual. So oft er es nach kurzer Trennung wieder sah, war es in irgendeiner Weise geschädigt worden, und er bereuete, um es zu verteidigen, die Energie nicht aus, mit der er bereitete keine Fiesel verteidigt hatte. Er wollte nicht, daß der Frau Baronin zu Ohren komme, er habe sich wieder aufs Brügeln eingelassen, und überhaupt sollte sie nie erfahren, wie sehr das Gefühl, das sie ihm gemacht hatte, ihm mißgefallen wurde.

Erinnert fand er einen Teil des mageren, auf seinem Felde lebenden Reizers noch grün abgemäht. In der nächsten Nacht pochte er den Hebestätter auf, die auch wirtlich in Gestalt eripier, mit einem bewaffneten Weiber und Kinder wiederkam. Pavel begnügte sich damit, ihnen die Söhne und die Grastücker abzunehmen und trug diese am nächsten Morgen zum Bäckermeister. Der wurde sich erstarrt über Pavels geschwornenes und schonendes Verwehen, versprochen, den Schaden ersetzen zu lassen und das Dieb-

roll zur Zahlung anzuhalten. Drei Wochen später lagen die Stützen und Grastücker aber noch immer beim Ortsvorsteher, weil die Mittel, sie einzulösen, fehlten. Pavel erfuhr endlich selbst, wie ihnen Eigentümern zurückzugeben, unter der Bedingung, daß die Leute zu ihm kämen, um sich bei ihm zu bedanken. Es geschah nur allzu gern; das war ein neuer, ein guter Spaß, so wehlich durchzuschlüpfen und sich dann zu bedanken beim „Gemeinde-Rind“. Alle die den Säger mitwacht hatten, fanden ihn so lustig, daß sie beschlossen, sich von halb wieder zu gönnen. (Fortsetzung folgt.)

Neujahrswänke.

Von Dr. Hans Rohden.

Noch im Mittelalter galt allgemein das Weihnachtsfest als der Beginn des neuen Jahres und die Sitte des Beschenkens ist vielfach bei dem Neujahrstag geblieben und mit diesem auf den 1. Januar übergegangen. Im 16. Jahrhundert war noch Weihnachten das Neujahrstfest, auch andere Tage wurden als Jahresanfang gefeiert, in Frankreich das Osterfest, in England der 24. März. Festliche Bedeutung aber hatte der Tag des Jahresbeginnes schon im Altertum. Die Juden begrüßten das neue Jahr mit Trompeten und Posaunenchor, weshalb es ihnen auch das Trompeten- und Posaunenfest war. Die alten Römer beschenkten sich an diesem Tage mit Eiern. Die Römer pfliegen am Neujahrstage ihrem Gotte Janus zu opfern, auch war ihnen alles, was an diesem Tage vor sich ging, je nach der Auslegung, von guter oder schlimmer Vorbedeutung für das kommende Jahr. Die Orakelspiele zur Ergüdung der Geschichte im kommenden Jahr haben sich ja bis heute erhalten, besonders aber die Befragung des Schicksals. Besonders wird der ersten Begegnung mit Personen am Neujahrsmorgen eine bestimmte Vorbedeutung zugesprochen, was ebenso alt wie verbreitet ist.

Wegen diese Orakelspiele früher auch mit heiligem Ernst behandelt worden sein, heute bieten sie, wenigstens bei uns, nur noch Anlaß zu allerhand Scherzen, wobei der Spruch des Orakels mehr oder weniger geschickt torrigiert wird. Die Glückwünsche sind ja so gut wie gänzlich abgekommen, werden aber noch z. B. auf Helgoland mit seltenem Pflüchleifer ausgeführt, wobei der Beglückwünschte antwortet: „Das gebe Gott wiederum so.“ Wie hier hatten sich überall Glückwünsche und Dank in eine feste Formel geprägt, der sich bald der Humor beigefellte. So heißt ein besonders urwüchziger Spruch vom Niederrhein:

Proßt Neujahr
E Barid (Perride) von Gashor (Geishaar)
E Ruchel wie en Schandohoh
E Kuche wie en Oweblatt (Osenplatte)
Do wern mer all mitander fott!

gegenwärtig trocken. Die aus drei Mann bestehende Besatzung konnte sich ans Land retten. Die Abbringung des Schiffes ist sehr schwierig.

Jugendherbergen. Die allgemeine Teuerung hält viele Menschen, die früher weite Reisen ausführten, davon zurück. Besonders schwer wird auch unsere Jugend getroffen, denn die Ausgaben für den täglichen Unterhalt sind heute schon so hoch, daß sie manchem vom Wandern zurückhalten. Durch den Ausschluß der Verbände für deutsche Jugendherbergen, der seit 1911 so überaus erfolgreich wirkt, sind im Deutschen Reich jetzt mehr als 1200 Jugendherbergen ins Leben gerufen. Die Uebernachtungsziffer ist von 6000 im Jahre 1913 auf über 200 000 im Jahre 1920 gestiegen. Im Bezirk Nordmark der Deutschen Jugendherbergen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck bestehen zurzeit etwa 150 Herbergen. 1917 betrug die Uebernachtungsziffer 33 000, 1921 etwa 70 000. Hier in Lübeck wird die Einrichtung einer Jugendherberge in der Rodstraße geplant. Es handelt sich um eine dringende Sache. Das Jugendwandern muß unter allen Umständen seitens der Behörden und Regierungen unterstützt werden. Altona und Kiel haben in dieser Beziehung in der Nordmark bedeutendes geleistet. Im letzten Jahre wurden unsere Herbergen nicht nur von reichsdeutschen Jugendlichen aufgesucht, sondern vereinzelt auch von deutsch-österreichischen. Gerade die Verbindung der abgetrennten deutschen Lande kann durch die wandernde Jugend aufrecht erhalten werden und bedarf daher besonderer Unterstützung. Möge auch Lübeck durch den Ausbau der neugeplanten Jugendherberge sein Teil dazu beitragen, daß immer mehr Jugendliche unsere schöne Vaterstadt kennen lernen und in ihrer Heimat über das gastfreundliche Lübeck berichten.

Aus der Steinhafnung wird eine Aussteuerbeihilfe von 150 Mark fällig. Töchter Lübecker Bürger können sich darum bis Ende Januar 1922 bewerben. Auskunft wird im Bauamt, Zimmer 31, erteilt.

Schiffsunfall. Nach Mitternachtsmeldung ist die Lübecker Galeasse „Anneliese“ bei Kleringen gestrandet und gesunken. Die Besatzung konnte sich retten.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Das Gewerkschaftssekretariat, Parteisekretariat und sämtliche Bureau der Gewerkschaften bleiben am Sonnabend, dem 31. ds. Mis., von 1 Uhr ab geschlossen.

Der Vorstand des Ortsausschusses.

Stadtheater. Heute, Freitag, und Sonnabend nachmittag wird noch einmal „Max und Moritz“ wiederholt. Silvesterabend: „Fiedermaus.“ Die Komödie singt Fräulein Mikh von Canova vom Gärtnerplatztheater München. Sonntag nachmittag wird auf vielfachem Wunsch die „Blauwe Maus“ wiederholt. Die Partie der Blanka singt als Gast Frä. Mikh von Canova.

Sansa-Theater. Heute, Freitag: „Das Milliardenlooper“. Sonnabend (Silvester) zum ersten Male: „Das Fräulein vom Amt“. Beginn dieser Vorstellung 7 Uhr. Sonntag nachmittag 3 Uhr zu ganz kleinen Preisen. „Frau Holle“; abends 7 1/2 Uhr: „Das Fräulein vom Amt“.

In allen Sälen des Stadt Saalbauers findet ein Ernst-Albert-Silvesterball statt mit Vorträgen aller Art, sowie dem neuen Schlager: „Was Lübeck sich im neuen Jahre wünscht“. Auch das Tanzspiel „Petrus lernt tanzen“ wird gegeben. (Siehe Anzeige).

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Blikfunitelegramme Berlin—Hamburg. Vom 10. Januar ab werden versuchsweise zwischen Berlin und Hamburg Blikfunitelegramme eingerichtet. Das Wort kostet 50 Mark, jedes Telegramm mindestens 500 Mark. Aufgegeben werden sie nur bei den Hauptposttelegraphenämtern, auch durch den Fernsprecher, bestellt nur durch den Fernsprecher. Es ist deshalb der Anschluß des Empfängers auf der Lukschrift anzugeben. Die Telegramme dürfen höchstens 30 Wörter enthalten.

Kiel. Nord. Am Mittwoch abend wurde die geachtete Ehefrau Nische in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die N. stand unter Sittenkontrolle. Der Tod ist anscheinend durch mehrere Dolchstiche in der Herzgegend hervorgerufen. Zweifelloserly liegt Nord vor. Der Tat verdächtig wird ein junger Mann im Alter von etwa 22 bis zu 25 Jahren. Auf die Ermittlung des Täters ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Zehoe. Neue Konflikte im Stadtparlament? Am die Verlegung der zweiten Bürgermeisterwahl sind wiederum Meinungsverschiedenheiten entstanden. Der Antrag der Linken

Da die Gratulanten festlich bewirtet wurden, die Kinder kleine Geschenke erhielten, erfüllen unsere Kleinen natürlich mit Freude solche Pflichten. In der Schweiz hat sich dieser Brauch bis heute erhalten und wird mit seltener Treue gepflegt. Zünfte und Vereine geben ihre Neujahrsblätter heraus und die Kinder jagen umher und bringen sie an, dabei allerlei Heimsprüche hersagend. Derartige Kinderreime sind uns auch aus Gegenden überliefert, da dieser Brauch längst abgekommen ist. Ein solcher lautet:

Gläubigst neu Jahr,
Die Augen hübsch klar,
Stets was Gutes auf dem Teller
Und mir einen Heller.

Einen ähnlichen Spruch, nur erheblich derber, hat uns auch Goethe hinterlassen:

Zum neuen Jahre Glück und Heil
Für alte Wunden gute Salben,
Auf großen Loh nen groben Keil,
Auf einen Schelmen andertthalbe.

Recht bezeichnend für die gute alte Zeit, die so viel gerühmt wird und nach der sich wunderliche Leute zurücksehnen, ist der Brauch, daß die Schulmeister am Neujahrsorgen mit einem Knabenchor von Haus zu Haus zogen und Gaben einbrachten, die einen Teil des schulmeisterlichen Einkommens ausmachten. In rheinischen Gegenden war es Sitte, daß der von dem andern ein Geschenk erhielt, der diesem mit dem Glückwunsch zuvor gekommen war. Am diesen Zweck zu erreichen, wurden dann allerlei lustige Mährchen angewandt und besonders versucht, sich durch Vermummungen unkenntlich dem andern nähern zu können, was zu den vorzüglichsten Vermummungen führte, und dann eigentlich zu dem Hauptstück der Gratulationscour wurde. Im Bodmerwald ist in den abgelegenen Gegenden der Brauch noch heute üblich, wo man auch wieder je nach der Person die verschiedensten Sprüche vorzählt hat.

Der größte Mummenzug wird natürlich in der Silvesternacht um die zwölfte Stunde getrieben. Was wir heute davon erleben, hat da freilich nichts mehr gemein mit dem ursprünglichen volkstümlichen Treiben. Es ist nichts anderes mehr als vom Uebermut eingegebene tolle Mollria, meist zum Unfug ausartend und Unbeteiligte belästigend, bildet er nur noch eine uneheliche Erscheinung unseres öffentlichen Lebens. Man vergleiche solches Treiben einmal mit dem Brauch in Niederösterreich. Da werden von den jungen Leuten die Wände der Wirtstube ganz mit Tannenzweigen befestigt. In der Mitte wird von der Decke herab ein Kranz gehängt. Am Ofen aber wird eine verummante Person, der Silvester, aufgestellt. Kommt nun ein Bursche mit seinem Mädchen unter dem Kranz, so springt der Silvester vor und gibt dem Mädchen einen Kuß. Der Bursche hat um die zwölfte Stunde jedem Gast einen Tannenzweig zu schenken. Der Silvester aber hat die ganze Gesellschaft zum Tor hinauszujaßen. Wer können uns schon hiernach vorstellen, daß dieses Spiel lustiger ist als das heutige Geboren in Bars und Dielen.

Kraftionen, die Stelle auszusprechen, ist angenommen worden. Nach diesem Beschluß gebrauchen die Bewerber keine Befähigung zur Bekleidung eines Ritteramtes zu besitzen, sondern es genügt, wenn sie Erfahrungen auf kommunalpolitischem Gebiet haben. Der Magistrat hat diesen Beschluß beanstandet. Eine Sitzung des Stadtvorordnetenkollégiums entschied, den Klageweg im Verwaltungsstreitverfahren einzuschlagen.

Gewerkschaften.

Die Betriebsratswahlen beim Reichspostministerium. Ueber die vor einiger Zeit stattgefundenen Zentralbetriebsratswahlen liegt das endgültige Ergebnis jetzt vor. Gegenüber 1920 ist die Zahl der Wahlberechtigten um etwa 30 Prozent zurückgegangen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahr unzweifelhaft ein erheblicher Prozentsatz Posthefter usw. in das Beamtenverhältnis überführt worden ist, außerdem darauf, daß auf Grund des Verkehrsrückganges im Laufe des Jahres umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden sind. Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahre erfreulicherweise härter als im Vorjahre und beträgt 85 Prozent gegenüber 65 Prozent im Jahre 1920. — Eingereicht waren vier Vorschlagslisten, und zwar von Deutscher Lehrerbund, Afa-Bund, Gewerkschaftsbund der Angestellten und von der Deutschen Postgewerkschaft. Abgegeben sind insgesamt 65 550 gültige und 1227 ungültige Stimmen. Davon erhielten Gewerkschaftsbund der Angestellten 1181, Afa-Bund 6562, Deutsche Postgewerkschaft (Christl.) 6745 und Deutscher Verkehrs-Bund 51 662. Es gibt nach dieser Wahl keinen einzigen SPD-Bereich in Deutschland, wo nicht der Deutsche Verkehrs-Bund die überwiegende Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger hinter sich hat. Er hat 36 574 Stimmen mehr erhalten als alle übrigen beteiligten Organisationen. Von 65 550 Stimmen sind 57 624 für die freigewerkschaftlichen Verbände abgegeben worden, nur 7825 erhielten die Christlichen und der GDV. Dieses Ergebnis hebtener für die Christen eine alte Niederlage. Im Jahre 1920 entsandte der Deutsche Verkehrs-Bund insgesamt 10 Mitglieder in den Zentralbetriebsrat, im Jahre 1921 15 Mitglieder, also ein Gewinn von fünf Sitzen im Zentralbetriebsrat. Von 17 zu wählenden Mitgliedern für den ZBR, entsandten die freien Gewerkschaften 16 Mitglieder. — Der Ausgang der Wahlen beweist, daß der freigewerkschaftliche Gedanke nicht nur bei dem Post- und Telegraphenpersonal Wurzeln gefaßt hat, sondern daß er immer mehr Anhänger findet. Unter Voranstellung unserer grundsätzlichen Forderungen wurde der Wahlkampf von den freien Gewerkschaften rein sachlich geführt. Von unseren Gegnern, insbesondere den christlichen Gewerkschaften, aber kann das nicht gesagt werden. Das von unseren Gegnern angelegte Ende des Deutschen Verkehrs-Bundes läßt in Verbindung mit dem Wahlergebnis auf ein großes Gedeihen schließen.

Minimallöhne und der steigenden Rohstoffpreise in Dänemark. Die dänischen Unternehmer haben in der meisten Industrie die Kollektivverträge, welche auf Grund der steigenden Rohstoffpreise und oft mit Festsetzung von Minimallöhnen abgeschlossen wurden, gekündigt. Der Unternehmerverband erklärte, daß „auf Grund der steigenden Rohstoffpreise infolge der Verbilligung der Lebenshaltung die Löhne bereits um 17 Prozent herabgesetzt wurden, dies nicht genüge, um die industriellen Betriebe aufrechtzuerhalten. Auch könnte das Prinzip der Minimallöhne gegenwärtig nicht beibehalten werden.“

Verhandlungen der amerikanischen Bergarbeiter. Der 28. Verhandlungstag des Vereinigten Bergarbeiterverbandes (United Mine Workers), der jetzt alle zwei Jahre taat, fand in Indianapolis statt. An der Eröffnungssitzung nahmen 1500 Vertreter teil, doch haben insgesamt 2257 Delegierte dem Verhandlungsausschuss beigewohnt. Die Verhandlungen wurden am 1. Februar bis zu einem im Februar 1922 erneut zusammenzutretenden Verbandstag vertagt. Diesem soll ein besonderer Ausschuß Vorschläge vorlegen. — Der Verbandstag zeichnete sich durch heftige innere Kämpfe aus. Diese kennzeichneten bei dem Teil der Berichte, der von einer Ausgabe von 27 000 Dollar handelte, die der Bezirksverband Illinois zur Unterdrückung eines wilden Streiks forderte. Entgegen der scharfen Haltung der Bezirksleitung forderten der Verbandsvorstand und auch der Verbandstag genaue Nachweis der Fernmeldung dieser Summe. — Nach gründlicher Sturm rief die Behandlung von zwei von der Verbandsleitung nicht akzeptierten Streiks in Kansas hervor. Da die Verlesung hoheliebender Abmachungen bedeuten, hatte der Vorstand dem Bezirksleiter aufgegeben, den Kampf abbrechen, was dieser jedoch ablehnte. Schließlich wurde die Haltung des Verbandes mit 2753 gegen 1701 Stimmen abgelehnt. — Der Verhandlungstag trat entschieden für die Sozialisierung des Bergbaus ein. Zu diesem Zweck soll dem Bundesparlament durch den Vorstand ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Ankauf aller Kohlenvorkommen durch den Staat vorseht. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, mit den Gewerkschaften der Eisenbahnen zu einer gemeinsamen Aktion zu gelangen, amends Durchsetzung der Verstaatlichung der Eisenbahnen als eines ersten Schrittes auf dem Wege zur Sozialisierung, die später fortzuführen wäre, um auch die Kohlenwerke in den Besitz der Gemeinschaft zu überführen. Die gleichen Bestrebungen sollen auch auf Kanada, auf das sich bekanntlich die nordamerikanischen Gewerkschaften auch erstrecken, ausgedehnt werden.

Aus aller Welt.

Explosionsunfall in Berlin. In der Mühlstraße 8 trat sich ein schweres Explosionsunfall zu. Auf dem Vorm „Menschenleben im Gefahr“ rückten von allen Seiten Feuerwehrleute zur Unfallstelle aus. Das Unglück hat mehrere Menschenleben gefordert. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest.

Millionen-Diebstehende in einer Nacht. Einbrecher haben in Berlin in einer einzigen Nacht eine ganze Reihe erfolgreicher Diebstähle verübt. So erbeuteten sie in einem Geschäft in der Grünstraße für zwei Millionen Seidenstoffe. Die Geschäftsräume liegen hier im ersten Stadt des Hauses. Die Einbrecher haben scheinbar genau beobachtet, wie der Wächter seinen Rundgang machte. Nachdem er die Uhr aufsetzte, gingen sie ans Werk. Schließlich ließen sie ein Fuhrwerk herankommen und schafften die reiche Beute fort. — Für 100 000 Mk. fertige Kleider und Stoffe fielen einer anderen Bande in einem Herrenkleidergeschäft in der Kurstraße in die Hände. — Eine Firma in Burgstraße büßte für 100 000 Mk. Waren ein.

Theater und Musik.

Stadtheater. „Wenn der junge Wein blüht“, Lustspiel von B. Björnson. Mit mancher Theaterenttäuschung der letzten Wochen könnte dieses liebenswürdig-geistvolle Lustspiel in seiner Mittwoch-Aufführung aus. Zwar läßt die manchmal müde Breite der Zwiegespräche mehr von alterndem Nachdenken des greisen Björnsons durchschallen, als für gespannte Wirkung auf ist; der jüngere Björnson ist inniger und einfacher. Aber genug ursprüngliche Liebe zu Jugend und Lebensbeziehung durchzieht das Stück, um ihm im Kranze der nordischen Bühnendichtung eine bleibende, wenn auch bescheidene, Stelle zu sichern. Die Aufführung war mittelmäßig. Der Hall des Herrn B. Sällengut war eine Prachtschmuck. Das Auge Spiel des Hugen Prohles war oft vollendet; allerdings ließ es gegen

Schluf, vielleicht in der Rolle begründet, nach. Leider ließ sich Sällengut hinter dem Rücken Helenes einige Male zu neoplatonischer Mimik verleiten. Die andere Hauptfigur, Axel (A. Moran), wurde nicht in gleicher Weise getroffen. Axel ist das Gegenteil eines Zynikers; er ist ein hinter Spott sich verborgendes heftiges Gemüt. Seine Frau wurde von E. Thiel u. oben hin, oft heinabe resolut gleichgültig, gegeben. Auch die Scene des In-sich-Gehens konnte diesen Eindruck nicht völlig verwischen.

Die Töchter waren reizend vertreten durch K. Stengel, Nora Hod und Frau Heibmann. Leider stellten sich bei K. Stengel Zeichen einer beginnenden Manier ein — es wäre schade. N. Hod wirkte verächtlich zu baddischhaft unfrei, um dann wieder plötzlich zu glänzender Leistung sich zu erheben. Die eigenartige Maria gab Luise Winds recht eierartig.

Die Regie war befriedigend; die Ausstattung völlig verfehlt. Haus und Hintergrund wirkten erschütternd. Nichts wäre mehr gewesen.

Das Publikum war in Stimmung und beifallsfreudig. —

Allerlei Wissenswertes.

Die Uhr. Der natürliche Zeitmesser war zu allen Zeiten die Sonne. Den Anfang des Tages zeigte der Ausgang der Sonne an, das Ende verkündete der Sonnenuntergang. Die dazwischen liegende Zeit lernte der Naturmensch allmählich durch den kürzeren und längeren Schatten beurteilen, den die Bäume, Sträucher, Gräser und andere emporstehende Gegenstände warfen. Nach diesem Muster erfand man den „Sonnenuhr“. Man steckte einen Stab in die Erde und erkannte an seiner Schattenlänge die Tageszeiten. Diese primitivste Form der „Sonnenuhr“ wurde allmählich verbessert, und schon um 600 vor Christi Geburt kannten die Babylonier Sonnenuhren, die sich vor den noch heute üblichen kaum unterscheiden. Von Babylon kam die Sonnenuhr nach Griechenland, das ja überhaupt keine Kulturen großenteils dem Orient verdankte. Philosophen wie Thales und Anaximander — die zugleich Naturforscher und bis zu einem gewissen Grade „Techniker“ waren — verbesserten die Sonnenuhren. Nach Rom kamen diese im 3. Jahrhundert v. Christi, nach Deutschland erst im 15. Jahrhundert nach Christi. Neben den Sonnenuhren gab es auch Wasseruhren, die schon um 300 vor Christi in Ägypten bekannt waren. In der westlichen Höhe der Wasseruhr konnte man die Zeiten ablesen. Der Kalif Harun al Raschid schenkte Karl dem Großen eine besonders kunstvoll: Wasseruhr (807). Nach ähnlichen Grundrissen wie die Wasseruhr war die Sanduhr eingerichtet, nur daß hier statt des Wassers feiner Sand von oben nach unten fließte. Die Sanduhren sind heute noch als „Eieruhren“ im Gebrauch, nur daß die Zeit des Durchfließens hier ganz kurz ist. Eine solche Sanduhr hat den Ausdruck veranlaßt: Die Uhr ist abgelaufen. In Goethes Werther (1774) heißt es noch anschaulicher: Meine Uhr ist noch nicht ausgelaufen, während Schiller 30 Jahre später im Tell sagt: Fort muß du, deine Uhr ist abgelaufen. Ein älterer Ausdruck für Sanduhr ist Seiger, das mit feinen und sichern zusammenhängt. Vielleicht liegt im zweiten Teile des „Faust“, 5. Akt, ein Druckfehler vor, wenn es dort heißt: Die Uhr steht still, der Zeiger fällt; Goethe hat vielleicht auch hier an die Sanduhr, den Seiger, gedacht; Zeiger gibt keinen rechten Sinn, findet sich aber jetzt in den meisten „Faust“-Ausgaben. Karl Hauptmann braucht das Wort in seinem „Einhardt, der Rächer“, 1. Band, 210, in der Form Seeger. Als Eigenschaftswort lehte Seiger in der Technik noch fort, und bezeichnet: langsam, tropfend, zähflüssig. Bei der wenig verbreiteten Del-uhr zeigte der Verbrauch des Oeles einer kleinen Lampe die verfllossene Zeit an. Auch wir können ja mit ziemlicher Genauigkeit lagern, in welcher Zeit zum Beispiel eine Petroleumlampe ausgebrannt ist. Der deutsche Mönch Gerbert, der spätere Papst Silvester II. (947—1003), soll die Räder- und Gewichtsuhr erfunden haben; sie wurden früh mit Schlagwerken und Glocken versehen und auf Kirch- und Schloßtürmen aufgestellt, von wo aus sie den Urmwohnenden die Zeit verkündeten. Auch in Zimmern wurden kleinere Räderuhren benutzt. Der Nürnberger Schlosser Peter Henlein oder Hele soll die Taschenuhr erfunden haben, die so unformig die waren, daß man sie „Nürnberger Eier“ nannte. Die weitere Entwicklung der Uhren und ihre immer größere Verfeinerung gehört nicht hierher da es sich hier nicht um eine technische, sondern um eine sprach- und kulturgeschichtliche Erörterung handelt. Das Wort Uhr ist ein Lehnwort aus dem Lateinischen hora = Stunde, woher auch die Italiener ihr ora, die Franzosen heure, die Engländer hour entlehnt haben. Während diese aber die lateinische Bedeutung beibehalten haben, bezeichnet bei uns Uhr nicht Stunde, sondern Stunden- oder Zeitmesser. Nur in den Ausdrücken: „es ist ein, zwei, drei Uhr“ schimmert die alte Bedeutung noch hindurch; es bezeichnet, daß die auf eine Stunde eingerichtete Sanduhr ein-, zwei- oder dreimal abgelaufen ist. Auf den Schiffen hat man noch heute die Ausdrücke Glas, Mehrzahl Gläser (nicht Gläser), womit die aus Glas gemachten Sanduhren gemeint sind. Man zählt von 1 bis 8 Glas, und wiederholt dies sechsmal am Tage, was 24 Stunden ergibt; denn die Schiffsuhr lief jede halbe Stunde ab.

Die Düngeerof der Gärten

Ist nicht nur in der Stadt, sondern häufig auch auf dem Lande groß. In der Stadt ist die Nachfrage durch die Kleingärten gesteigert. Stalldünger ist im Preise sehr gestiegen und trotzdem kaum beschaffbar. Daher muß vielfach zu Ertrag gegriffen werden. Dünger, der jetzt über Winter anfällt, wird in Haufen gesetzt, mit Torfmull oder Erde leicht durchschichtet, festgetreten und durch Sauche oder Wasser feucht gehalten. Wo möglich, sollte auch ein Bedecken mit Erde stattfinden. Düngererfah haben wir — abgesehen vom Kompostdünger — vor allem im Straßendünger und im Torfmull. Straßendünger ist in seinem Wert sehr verschieden; es bestehen gegen ihn ungerechtfertigte Vorurteile. Es ist richtig, er bringt meist viel Unkraut und macht den Boden trocken. Aber beide Mängel sind namentlich für kleinere Gärten ohne Scherengewicht. Die Unkräuter sind leichter Art, meist mit einmaligem Baden zu beseitigen; gegen Trockenheit hilft zeitiges Einbringen, gutes Vermischen mit Erde, festes Pflanzen und Gießen. Alles das ist durchführbar. In festen Haufen angelegt und unter Sauche gehalten, gibt Straßendünger nach einem Viertel- bis einem halben Jahre eine mürbe, beinahe spöttige Masse, die als Dünger höchst wertvoll ist. Ein zweiter wichtiger Düngererfah ist Torfmull. Sein Vorzug ist der reiche Gehalt an Humus, sein Mangel der geringe Gehalt an sonstigen Nährstoffen. Diese kann man hinzufügen, dadurch, daß der Torfmull auf zwei bis drei Tage in Sauche geworfen wird. In Torfmull wurzeln alle frischgepflanzten Bäume, Erdbeeren, Gurken und Kohlrarten vorzüglich. Nur für Gemüse, die festen Boden wollen, wie z. B. Zwiebeln, paßt er weniger. Besonders auf schweren Bodenarten wirkt Torfmull Wunder.

In der Gründung hatten wir eine weitere Düngerquelle. Im intensiven Gartenbau wird freilich der Boden mit zwei, auch drei Entseifungen belegt, da ist für Gründung wenig Platz; aber wo weniger intensiv gewirtschaftet wird, da werden als Vor- oder Nachfrucht Gründungs- und Gründungs- und Gründungs- gebaut. Sie bringen Humus, Nährstoffe und bei ihrer Zerlegung auch die für die Pflanzen so wichtige Kohlenäure. — Die zeitgemäße Frage: Können im deutschen Gartenbau Gründungs- und Gründungs- zweckmäßig angebaut werden, und wie? war Gegenstand eines Preisausschreibens der bekannten Gartengeschichtlichen „Der Praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau“ in Frankfurt a. O. Das Geschäftsamt dieses Blattes ist bereit, unsere Vektoren die Preisarbeit auf einen für übermittelten Wunsch kostenlos zugustellen.

Neue Bücher.

Am Wald entlang. Erlebte und erlauschte Tiergeschichten. Von Carl W. Neumann. 182 Seiten. Preis in Halbleinen gebunden 20 Mark. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921. Der Verfasser läßt uns in feingeformten Novellen die Freuden und Leiden der Tiere erleben. Wir blicken hinaus über das graue Heute, in das Leben und Weben der Natur, pflanzlicher und tierischer Geschöpfe, halten Zwiesprache mit Pflanze und Tier und lassen uns von beiden die Rätsel des Lebens und seine Weisheiten ausdeuten. Das flirrt und schwirrt, das flirrt und klingt, das flüstert und wirpelt an allen Ecken und wird langsam auf all die Stimmen und verstehen dann das Leben, das mit tausend Jüngern redet. Der Wissenschaftler reicht hier dem Naturfreund die Hand, geleitet ihn zu Fuchs und Igel, zu Staren, Hummeln, Ameisen, Spinnen und läßt deren bunte Lebensgeschichten wie einen feinsten farbigen Film vor seinen Augen vorüberrollen. Leher dem Ganzen liegt alles verklärend der warme Sonnenchein edler Humors. Ein Buch, das für alt und jung gleich lustig und lehrreich zu lesen.

Nämliche Kultur im Bilde. Von Oberstudienrat Konrektor Professor Dr. Hans Lammer. 64 Seiten und 96 Tafeln. 4. Auflage. 28. bis 38. Tausend. (Wissenschaft und Bildung, Bd. 61). Preis geb. 16 Mk. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921. Das Buchlein kann in seiner gediegenen Ausstattung größeren Werken über die Kunst des Mittelalters ruhig an die Seite gestellt werden. Die Auswahl der Bilder ist mit meisterlichem Geschick und hervorragendem Verständnis für die Kulturzusammenhänge zwischen den in ihrer Kunst von den überlegenen Griechen stark beeinflussten Römern und der gegenwärtigen europäischen, zivilisierten Welt getroffen. Religion und Kultus (Theater); öffentliche Bauten (Stadtpläne, Märkte und Rathhäuser, Straßen und Stadtmauern, Brunnen, Wasserleitungen, Bäder, Denkmäler); Privatarchitektur, Kunst und Kunstgewerbe

(Plastik, Malerei, Musik, Statuatur, Geräte und Möbel, Münzen und Gemmen); Privatleben (Kleidung, Spiel und Sport, Erziehung und Buchwesen), Handel und Gewerbe, Wissenschaft und Technik, Bestattung und Grab werden in Wort und Bild geschildert. Im einfachsten Maaderton, ohne alle gelehrte Steifheit unterrichtet uns der Autor in wenigen Zeilen. Das gesamte römische Leben zeigt in der denkbar größten Abwechslung und reichhaltigsten Mannigfaltigkeit an unserem Auge vorüber.

Die Singvögel der Heimat. Von D. Kleinschmidt. 3. Auflage. Ein Bilderatlas mit 120 Seiten und 86 farbigen Tafeln. Preis in Halbleinen geb. 50 Mk. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921. Kurz vor dem Kriege wurde dieses Buch als Ereignis begrüßt, bewundert und so stark gekauft, daß zwei Auflagen rasch hintereinander vergriffen waren. Wir besitzen kein deutsches Vögelbuch, dessen Verfasser anerkannt sachkundiger Darsteller und meisterhafter Illustrator in einer Person wäre, wie das bei dem Kleinschmidtschen Buch der Fall ist. Wer es nur flüchtig durchblättert und nur oberflächlich seine Abbildungen beseht, der wird sich keine Vorstellung machen können, mit wieviel Hingabe zur Sache es bearbeitet worden ist, wieviel Fleiß in seinen Seiten verborgen steckt. Wer es aber als einen Begleiter auf Wanderungen ernstlich benützt und an seiner Hand dem Leben und Singen der geliebten Welt des Gartens, des Vorlandes, der — Straße nachgeht, der wird gewahr werden, daß nur unermüdlicher, treuer Eifer dieses Singvögelbuch schaffen konnte. Daß Text und Illustrationen von ein und demselben Autor stammen, gibt der im besten Sinne vollstündigen Schrift einen besonderen Reiz. Kleinschmidts Singvögelbuch gehört ein Ehrenplatz in der neueren naturkundigen Literatur. Es gehört zu jenen Werken die sich über den Kreis der an der Zoologie reinwissenschaftlich Interessierten hinaus an die erfreulicherweise stetig wachsende Zahl derer wenden, die als „Nicht-Naturwissenschaftler“ den ersten Wunsch haben, dem Leben in Wald und Feld näher zu kommen, es verstehen und deuten zu können.

Die erste Gemeinde. Eine Legenden- und Sagen- und Märchen- und Erzählung aus der Zeit des Christentums, 258 Seiten. Preis in Ganzleinen gebunden 28 Mk. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921. Scharreimanns „Jesus der Jüngling“ war für viele ein Erlebnis. „Die erste Gemeinde“ wird noch tiefere Eindrücke hinterlassen. In einer Sprache, die an die schlichte Schönheit und Ausdruckskraft der Evangelien erinnert und mit der besterzähltesten Kraft des intuitiven Dichters läßt der Dichter jene rätselhaft, von religiösen Gemeinnissen erfüllte Zeit des früheren Christentums vor uns entstehen. Inmitten der Schicksale der Urgemeinde steht die überragende Gestalt des Apostels Paulus. Seine Entwicklung in seiner entscheidenden Zeit ist psychologisch erfaßt und mit größter Kunst zur Darstellung gebracht. Mit ihm verwoben sind die Erlebnisse seines Freundes Barnabas. Unendlich weit durchspinnt das Ganze die Liebesgeschichte des Evangelisten Markus mit der Schwester des Lazarus, deren eigenartige Ehe ein wunderbares Licht auf das gesteigerte religiöse Empfinden jener Tage wirft.

Quittung.

Mk. 15.— für die Kinderrippe, gesammelt im Restaurant D. Deuthin, Waisenhofstraße 25.

51 Mark für die Kinderhilfe bei vergnügter Weihnachtsstimmung gesammelt von den Kollegen der Werkstätte Alwardt.

Berichtigung. Für das Erziehungsheim Vorwerk wurden auf der Feuerweh-Hauptwache der Betrag von zwei hundert einundfünfzig Mark erstigert und nicht 25, wie der Druckfehler gestern quitierte.

Druckfachen

jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46

Steuerbücher.

Diejenigen Arbeitnehmer, die ihre Wohnung oder Stellung seit dem 20. Oktober d. J. innerhalb der Stadtgemeinde Lübeck gewechselt und ein Steuerbuch noch nicht erhalten haben, können es in unserem Bureau, Braunsstraße 2, in Empfang nehmen. (11220)

Das Statistische Amt.

Lübecker Brandkasse. (11218)

Alle Zahlungen für die Lübecker Brandkasse erfolgen vom 2. Januar 1922 an bei der Brandkasse, Fleischhauerstr. 18, im Erdgeschoß links.

Dankfagung.

Für bewiesene herzliche Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders (11212)

Paul,

insbesondere seinen Mitarbeitern der S. M. S., dem Arbeiter-Radfahrer-Verein, sowie dem Metallarbeiter-Verband sagen herzlichen Dank

Heinrich Möller u. Familie.

Für die Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sowie den Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft und dem Deutschen Eisenbahnerverband, auch Herrn Bästgen meine tiefgefühlten Dank.

Louise Kähler

11210 geb. Schmidt.

Frau z. Wälscheausb. geb. Dune, Mühlent. 11

H. L. W. R. Gartenb. u. Burgl. u. v. Holtent. 2. (11218) Leuerhofstr. 31 p.

Für neues Fahrrad preiswert zu verkaufen. (11242) Feldstr. 20.

Al. Hund zu verk. (11220) Burgfeld, Barocke 4.

Transp. Ferkel steht zum Verkauf. Strampfers Gafhof, Schwartau. (11195)

3. H. geb. Knochenmühle u. H. geb. Spiegel, Ang. u. A. C. d. C. (11217)

6-10 hochleh. Stühle z. H. geb. Ang. m. Preisang. u. H. A. d. C. (11227)

Kartoffelg. geb. 10 4. (11216) Emilienr. 12a.

Verloren am Dienstag abend von Schwartauer Allee bis Harzstr. ein dunkelbrauner D. Fehltropfen Abz. geb. hoch. Weichn. (11245) Profestr. 7, 11

Guten, Kanin, Zieg., Kalb, Keh- sowie sämtliche anderen Sorten (11199)

Felle, Pferde u. Stachschweifhaare laßt zu den höchsten Tagespreisen

J. Wagner Goldschm. S. 3. 3414.



Für die **Gebwester-Seier** empfehle:

- Jam.-Rum-Verschn 1/2 l. 42.— u. 50.— mit Steuer.
- Rotweine 1/2 l. 42.—
- 1918er Champ. rump. ... 26.40
- 1918er Chab. le Cuv. ... 30.90
- 1918er Chab. Blanc ... 32.40
- Rheinweine
- 1918er St. Mart. Burg. ... 21.80
- 1918er GutsMuth. Stbg. ... 21.50
- Moselweine
- 1920er Langener ... 22.20
- Frankf. Apfelwein 7.00
- Flascheng. Kessel ... 35.80
- Baumwollbänder ... 45.00
- Kerlicht. Apparat ... 45.00
- Original Weidwand ... 60.00
- Rum-Punsch ... 12.00
- Güb-Punsch ... 19.00

Ludwig Hartwig Oberstraße 4. Fernsprecher 377.

Spez. Verlobungsringe 333,565,750 u. 900 gef. Silberwaren, Schmucksachen, Taschen- u. Weckuhren

Willi Westfeling Uhren- und Goldwaren-Reparaturwerkst. (11195)

Dr. Eugen Pawlowski Der Bankrott Deutschlands

AUS DEM INHALT: Die Wirtschaftskrise Deutschlands / Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges / Die Verelendung der Arbeiterklasse / Der Zusammenbruch der Ernährung / Teuerung und Lohnsteigerung / Der Rückgang der Arbeitsleistung / Das Reparationsproblem / Die Finanzkrise / Das Steuerproblem im Klassenstaat / Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten / Die „Studien“ der gelben Internationale / Die Ohnmacht der Bourgeoisie / Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie / Die Steuerlast des Arbeiters / Herr Parvus als Retter in der Not / Dem Zusammenbruch entgegen.

189 Seiten Preis Mk. 2.50, geb. Mk. 6.—

Karl Liebknecht Reden und Aufsätze 374 S. Preis Pappb. Mk. 20.— (Organ. 15.—) Leinenb. Mk. 30.—

Zu beziehen durch **CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11** sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

So, alter Knabe, glänzt Schuhputz

Lavalin!

Hersteller: Geba Meyer, Chemisch-technische Fabrik, Hannover-Ricklingen.

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,** Telefon 798. Moltkestraße 1. (11147)

Mieterschutzverein e. V. (11236) Nach dem einstimmigen Beschluß der Versammlung aller Mieter Lübeck am 29. Dezember 1921 werden die Mieter ersucht, keine Verpflüchtung zu unterschreiben, nach welcher den Hausbesitzern eine höhere Miete ab 1. April zugesichert wird. Wer den Zettel der Hausbesitzer bereits unterschrieben hat, wird ersucht, seine Unterschrift zurückzugeben. Sowie die Mieter weitere Verpflüchtungen eingehen soll das Mieterschutzrecht der Mieter durch Gesetz und die ausführenden Behörden gesichert sein.

Der Vorstand.

Prima Tafel-Margarine B. d. 21.— Mk. (11246) empfiehlt **Ludw. Hartwig** Oberstraße 4.

J. H. Peim Am Markt 12 Breite Straße 64. Beste Bezugsquelle für Spezialitäten für Herren, Damen- u. Kinder-Garderobe, Hüte- und Bekleidungsstoffe. (11197)

Giedlung und Kleingarten. Vierseitige Zeitung in Kupferstichdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur sechszig Pfennig. Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

SATYRIN (gold u. silber), die neuen Hormon-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der Energie, insbesondere der Nerven- u. Sexualkräfte. Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck. Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 40.— (10984) Akt. Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.

Georg Harder Maschinenfabrik A.-G.

Aufforderung zur Ausübung des Bezugsrechtes.

Die Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung vom 20. Dezember 1921 über die Kapitalerhöhung sind in das Handelsregister des Amtsgerichts Lübeck eingetragen worden. Die Kapitalerhöhung ist durchgeführt. Es werden den Aktionären 2000 Aktien im Nennwerte von je Mk. 1000.— mit voller Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1922 unter folgenden Bedingungen zum Bezüge angeboten:

- Die Ausübung des Bezugsrechtes hat bei Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 28. Dezember 1921 bis 17. Januar 1922 zu erfolgen, und zwar in Lübeck bei der Lübecker Privatbank, während der bei dieser Stelle üblichen Geschäftsstunden.
- Bei Ausübung des Bezugsrechtes sind die Mäntel der alten Aktien mit einem Anmeldeschein in doppelter Ausfertigung, zu welchem Vordrucke bei der Anmeldestelle erhältlich sind, einzureichen. Der Bezug an den Schaltern der Bezugsstelle ist provisorisch.
- Jeder Inhaber einer alten Aktie zu Mk. 1000.— ist zum Bezug einer neuen Aktie im Nennwerte von Mark 1000.— zum Kurse von 110% berechtigt. Der volle Nennbetrag und das Aufgeld = Mk. 1100.— pro Aktie sowie der Schlußscheinstempel ist bei Ausübung des Bezuges zu bezahlen.
- Die alten Aktien, auf welche das Bezugsrecht ausgeübt worden ist, werden mit einem die Ausübung kennzeichnenden Stempelauddruck zurückgegeben. Die Ausreichung der neuen Aktien erfolgt durch die Lübecker Privatbank, gegen den quotierten Bezugschein, nach Fertigstellung.

Lübeck, im Dezember 1921.
Georg Harder Maschinfabrik A.-G. 11204) Thiel. Kegelmann.

Dahnenbäden, allerbeste, fette ungesalzene Ware, Pfd. 8.50. **Koepfke, Klingenberg 3-4.** (11191)

Margarine Sparklubs! garantiert frische Ware, pro Pfd. 20 Mk. **Conrad Mull,** Inh.: W. Beckmann, Beckergr. 33. (11215)

Sparkassen-Bücher in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Felle, Marder, Zinne, Züchle, Hasen, Kanin usw. (11193) kauft zu höchsten Tagespreisen **Isaac Frankenthal** Lübeck, Beckergrube 53. Fernsprecher 8641. Sonnabds. geschl. Bitte genau die Adresse zu beachten.

Zaal frische Zufuhren in Fluß-, See-, fischen u. Räucherwaren **Prümm,** Wahnstraße 21. Privat-Handelstare. Der Unterkursus für Buchhaltung, Rechnen u. Vermögensverwaltung beginnt am 5. Jan., des Oberkursus am 6. Jan. **Karl Hinzpeter,** (10987) Moltkestr. 5.